

# STICHWORT

## BAYER

Die anderen Informationen  
zu einem multinationalen  
Chemiekonzern

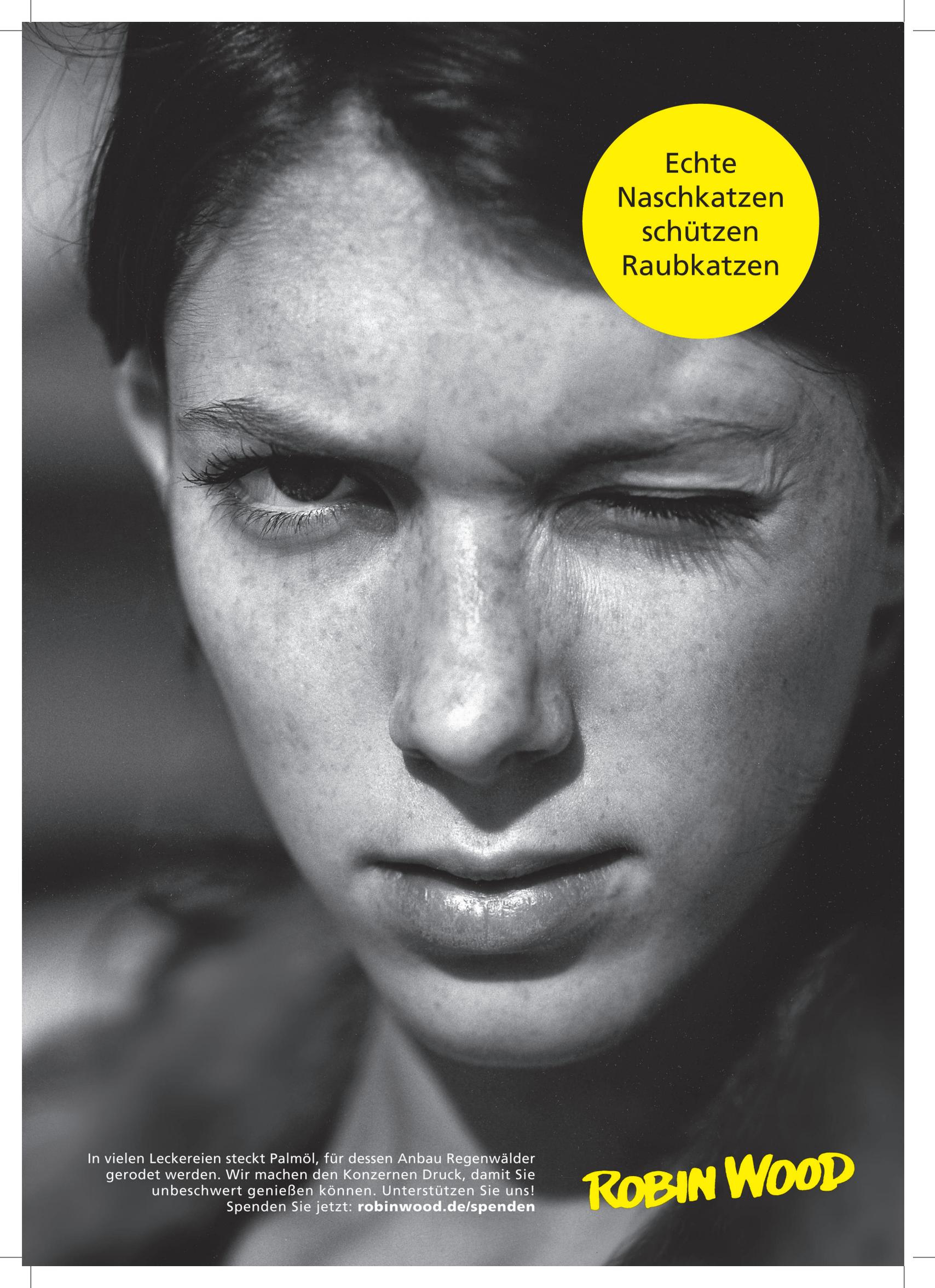


BAYER-Hauptversammlung

## Plastikmüll & Profite

Weitere Themen

- BAYERs Pestizid-Pest
- BAYERs bittere XARELTO-Pille
- BAYER & die Gesundheitskarte



Echte  
Naschkatzen  
schützen  
Raubkatzen

In vielen Leckereien steckt Palmöl, für dessen Anbau Regenwälder gerodet werden. Wir machen den Konzernen Druck, damit Sie unbeschwert genießen können. Unterstützen Sie uns!  
Spenden Sie jetzt: [robinwood.de/spenden](https://robinwood.de/spenden)

**ROBIN WOOD**



© Karikatur: Kostas Koufogiorgos

Siehe auch die Artikel auf den Seite 18-25

## Inhalt

- 6 Plastikmüll, Pestizide & Profite**  
26 KritikerInnen auf der Hauptversammlung
- 10 HV: Was sonst noch geschah**  
Vom Bienensterben bis XARELTO
- 16 Die XARELTO-Anfrage**  
Regierung hält zum Gerinnungshemmer
- 20 Die Bestandsaufnahme**  
Immer noch Ultra-Gifte im BAYER-Sortiment
- 24 Dünne Luft für Glyphosat**  
Ein Pestizid am Pranger
- 24 Die elektronische Gesundheitskarte**  
Nahrung für BAYERs Daten-Hunger

## Rubriken

- 5 Editorial**  
**Impressum**
- 7 HV-Echo**
- 8 O-Ton BAYER**
- 28 CBG bei der Arbeit**
- 29 Testimonial**
- 30 Au weia, BAYER,**  
**Promis gegen Profit**

# DIE NEUE ZEOZWEI

DAS MAGAZIN FÜR KLIMA. KULTUR. KÖPFE.



zeozwei erscheint viermal im Jahr.  
Ein Jahresabo kostet 20 Euro,  
eine einzelne Ausgabe am Kiosk 5,50 Euro.

[www.zeozwei.de](http://www.zeozwei.de) | [zeo2abo@taz.de](mailto:zeo2abo@taz.de) | T (0 30) 2 59 02-200

**taz. zeozwei**

## Impressum



Stichwort BAYER -  
Die anderen Informationen  
zu einem multinationalen Chemiekonzern

33. Jahrgang  
Postvertriebsstück G 10848  
Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf,  
Fon: (0211) 333911, Fax: (0211) 333940

Herausgeberin und Vertrieb:  
COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN e. V. (CBG e. V.)  
Für mehr Umweltschutz und sichere Arbeitsplätze  
bei BAYER - weltweit.  
Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf.  
Email: info@CBGnetwork.org  
Internet: www.CBGnetwork.org  
facebook: Coordination BAYER-Gefahren

Wir bitten um Zusendung von LeserInnen-, Protest- und  
Bestellbriefen.

Die CBG ist ein internationales Selbsthilfe-Netzwerk, das vom multinationalen BAYER-Konzern Betroffene und an diesem Konzern Interessierte zusammenschließt und die Tätigkeit dieses Multis kritisch begleitet. Ziel der Arbeit ist es, die von BAYER ausgehenden Gefahren für Mensch, Tier und Mitwelt bekanntzumachen, einzudämmen und möglichst ganz abzustellen. Konzernkritik braucht Unterstützung. Stichwort BAYER braucht AbonnentInnen. Nutzen Sie den Coupon der Abo-Anzeige in diesem Heft und abonnieren Sie. Oder - noch besser! - werden Sie (Förder-)Mitglied unseres Netzwerkes. Im Rahmen einer (Förder-)Mitgliedschaft erhalten Sie Stichwort BAYER automatisch ohne weitere Kosten. Je ein Exemplar von Stichwort BAYER wird dem Vorstand des BAYER-Konzernes, Kaiser-Wilhelm-Allee, 51373 Leverkusen, übersandt. LeserInnen haben somit die Möglichkeit, die Konzernleitung zu bitten, zu bestimmten, in Stichwort BAYER behandelten Themen, Stellung zu beziehen.

Redaktion: Vi.S.d.P. Jan Pehrke (jp), CvD: Axel Köhler-Schnura (aks), Mitarbeit: Philipp Mimkes (pm), Uwe Friedrich (uf).

Verlag: Eigenverlag

Vertrieb: CBG

Layout: Ulrich Volkenannt

Druck: Mediengruppe Neuer Weg GmbH

Bankverbindung: EthikBank, Konto-Nr. 3199991  
BLZ 830 944 94, IBAN DE58 830 944 94 000 31 99 991  
BIC GENODEF1ETK

Anzeigen: Es gilt die Anzeigenpreisliste vom 01.01.2013  
(1/1 S. sw 990,- Euro, zzgl. MWST.)

Stichwort BAYER erscheint in 4 Ausgaben pro Jahr jeweils  
zum Anfang des Quartals.

Der Nachdruck von Artikeln aus Stichwort BAYER ist ausdrücklich erwünscht. Honorar nach Vereinbarung. Diskette oder Email bitte unter 0211/33 39 11 anfordern. Bitte Quelle angeben und zwei Belegexemplare übersenden. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Bilder und Fotografien wird keine Haftung übernommen. Rechtlich geschützte Warenzeichen werden in Stichwort BAYER ohne gesonderten Hinweis genannt. Daraus ist nicht auf die freie Verwendbarkeit der Markennamen zu schließen.

**Auszeichnungen:**

Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN e. V. erhielt 1999 den Preis des Kirchlichen Entwicklungsdienstes Oberhausen, zudem 1998 und 1990 den Preis von Business Crime Control. Darüber hinaus wurde Vorstandsmitglied Axel Köhler-Schnura im Jahr 2000 mit dem „Preis für Zivilcourage“ und 2011 mit dem „Henry-Matthews-Preis“ geehrt.

**Beirat:** Dr. Erika Abczynski/Kinderärztin/Dormagen, Dr. Angela Spelsberg/Leiterin Tumorzentrums/Aachen, Eva Bulling-Schröter/Mitglied des Bundestags/Berlin, Wolfram Esche/Rechtsanwalt/Köln, Prof. Jürgen Junginger/Designer/Krefeld, Dr. Sigrid Müller/Pharmakologin/Bremen, Prof. Dr. Jürgen Rochlitz/Chemiker/Burgwald, Prof. Rainer Roth/Sozialwissenschaftler/Frankfurt, Prof. Dr. Anton Schneider/Baubiologe/Holzham, Hiltrud Breyer/ehem. MdEP/Berlin

**Bei Umzug bitte neue Adresse mitteilen**

Die Post teilt uns bei Umzug die neue Adresse nicht mit. Soll Stichwort BAYER Sie auch weiterhin erreichen, informieren Sie uns bitte über Ihre neue Anschrift.

## Liebe Leserinnen und Leser,

in diesem Frühjahr hat das *Stichwort BAYER (SWB)* eine Sonderschicht eingelegt und eine Sonderausgabe produziert, die der *taz* beilieg. Rechtzeitig zur BAYER-Hauptversammlung am 27. Mai erschienen, stellte der *SWB*-Ableger das alljährliche Kapern des AktionärInnen-Treffens zu konzern-kritischen Zwecken als eine zentrale Aktionsform der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) vor. Darüber hinaus gab er Einblick in die Geschichte der Coordination und widmete sich den aktuellen Kampagnen. Die *SWB*-Redaktion wollte die Arbeit der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) mit diesem *Stichwort BAYER extra* über den angestammten LeserInnenkreis hinaus bekannt machen und so neue Unterstützer für das Netzwerk gewinnen. Es war ein ziemlicher Kraftakt, aber es hat sich gelohnt. Niemals zuvor erlangten Hauptversammlungsproteste in der Bundesrepublik eine so breite mediale Darstellung. Zudem hat die CBG eine Menge Feedback bekommen; viele Interessierte haben sich bei uns gemeldet. Das alles wäre nicht möglich gewesen, wenn wir keine Hilfe erhalten hätten, zum Glück jedoch haben uns eine Masse Leute unter die Arme gegriffen. So wurde unsere Bitte, sich an den Druckkosten zu beteiligen, von zahlreichen Menschen erhört. Auch an dieser Stelle deshalb nochmals ein herzliches Dankeschön an die SpenderInnen! Stimmt die – online auf der CBG-Homepage verfügbare – *taz*-Beilage auf die Hauptversammlung ein, so liefert das vorliegende *SWB* die Nachbetrachtung. Und die fällt zum Glück wieder sehr umfangreich aus, denn erneut haben 26 kritische AktionärInnen Reden zur Nicht-Entlastung des BAYER-Vorstandes gehalten und über



100 AktivistInnen vor den Kölner Messehallen lautstark und fantasievoll Einspruch gegen die gnadenlose Profit-Jagd erhoben. Einen zweiten Schwerpunkt bilden im aktuellen Heft die Pestizide des Leverkusener Multis. Ein Artikel geht der Frage nach, was aus dem alten Versprechen des Global Players geworden ist, keine Substanzen der Gefahrenklasse I mehr zu vertreiben. Ein zweiter Beitrag beschäftigt sich mit dem momentan stark in der Diskussion stehenden Wirkstoff Glyphosat, der im Giftschrank des Agro-Riesen natürlich nicht fehlen darf. Dass die Bundesregierung zu BAYERs Gerinnungshemmer XARELTO Stellung beziehen und auf eine kleine Anfrage der Partei „Die Linke“ antworten musste, konnte ebenfalls nicht unberücksichtigt bleiben. Risiken und Nebenwirkungen ganz anderer Art als die Bestseller-Pille des Konzerns hält eine andere Entwicklung aus dem Medizin-Bereich bereit: die elektronische Gesundheitskarte. Diese droht gläserne PatientInnen zu schaffen. Und das heizt den Datenhunger des Pillen-Riesen an, der immer etwas braucht, um „den Marketingstrategie-Prozess zu füttern“, wie er selbst bekundet. Deshalb hat sich das *Stichwort BAYER* einmal genauer mit dem kleinen Plastik-Teil befasst.

Die Themen-Auswahl verheißt doch einen angenehmen Lese-Sommer mit unserem Magazin! Eine anregende Lektüre wünscht im Namen der ganzen Redaktion also

Jan Pehrke

## KritikerInnen dominieren BAYER-HV

## Das Tribunal



Alle HV-Fotos: Anabel Schnura &amp; Jan Pehrke

Hauptversammlung: KritikerInnen empfangen die AktionärInnen

*Die „verkehrte Welt“, die sich auf der letzten BAYER-Hauptversammlung mit der großen Dominanz von Konzern-KritikerInnen auftrat, kam auch am 27. Mai nicht wieder ins Lot. Erneut lasen 26 RednerInnen dem Konzern von morgens früh bis abends spät die Leviten. Sie setzten sich mit gefährlichen Medikamenten, Plastik-Abfällen, der Vergangenheitspolitik des Konzerns, der Abspaltung der Kunststoff-Sparte sowie all den vielen anderen ohne Rücksicht auf Verluste betriebenen geschäftlichen Aktivitäten zur Rendite-Steigerung auseinander.*

Von Jan Pehrke

Eigentlich schien das unwiederholbar: 2014 auf der BAYER-Hauptversammlung hatten 26 Konzern-KritikerInnen Einspruch gegen die gnadenlose Profit-Jagd erhoben und damit die RednerInnen-Liste ganz klar dominiert. Und jetzt das: Erneut traten 26 RednerInnen ans Pult und konfrontierten Konzern und AktionärInnen ebenso umfangreich wie qualifiziert mit Kritik an den profitablen Geschäften (Unter cbg-network.org hat die Coordination einen Großteil der Reden dokumentiert). Auch

vor der Kölner Messehalle braute sich wieder viel zusammen. Das Unternehmen versuchte jedoch mit allen Mitteln zu verhindern, dass Bilder davon künden und ein Firmenlogo neben den Protestaktionen zu sehen ist: Keine BAYER-Fahne, kein Plakat und kein sonstiger Hinweis zeigte an, dass hier einer der großen Dax-Konzerne sein jährliches AktionärInnen-Treffen abhielt. Trotzdem war klar, dass hier gegen die Geschäftspolitik von BAYER demonstriert wurde. Dafür sorgten schon die eindeuti-

gen Transparente und Flugblätter. Und wie in den vergangenen Jahre herrschte vor dem Eingang zur Hauptversammlung ein buntes Treiben. ImkerInnen zeigten sich in voller Montur mit ihren Arbeitsgeräten und protestierten gegen BAYERs bienenschädigende Pestizide. Dabei erhielten sie Unterstützung von BUND- und SUMOFUS-VertreterInnen, welche in Bienen-Kostüme gehüllt Flugblätter verteilten. Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN war derweil in See gestochen und hatte

auf dem Messe-Gelände ein Meer angelegt, in dem Spülmittel-Flaschen und andere Behältnisse schwammen, um den AktionärInnen das Plastikmüll-Problem plastisch vor Augen zu führen. Darüber hinaus machten junge Frauen mit T-Shirts, die mit Aufdrucken wie „Erfolgsbilanz ‚die Pille‘: Valerie, 23, Schlaganfall“ Einblick in ihre Krankenakten gaben, auf ihr Schicksal als Verhütungsmittel-Geschädigte aufmerksam. Andere riefen mit Plakaten die Risiken und Nebenwirkungen der Medikamente des Pharma-Riesen ins Gedächtnis. Zu einem drastischeren Mittel griff das Ehepaar Zwartje: Es konfrontierte die AktionärInnen mit einem großen Foto, das ihre durch eine BAYER-Pille gestorbene Tochter Lena zeigt.

Drinnen offenbarte sich HV-BesucherInnen dann ein Kontrastprogramm. „BAYER-Aktionäre treffen auf heile und kranke Welten“, so drückte es die *Rheinische Post* aus. Heil war die Welt des Profits, und zwar gerade weil sie ihre Ziele ohne Rücksicht auf Verluste für Mensch, Tier und Umwelt verfolgt; Um zwei Seiten einer Medaille handelt es sich bei den beiden auf den ersten Blick so disparaten Sphären. Und um den Aktien-HalterInnen den Übergang ein wenig zu erleichtern, zeigte BAYER-Chef Marijn Dekkers zu Anfang seiner Hauptversammlungsrede sogar Gefühle. Er erzählte davon, wie sehr ihn als gelernter Chemiker bei seinem Vorstellungsgespräch die Konzern-Maxime „Science For A Better Life“ beeindruckt habe. „Wissenschaft. Für ein besseres Leben. Das hat mich umgehauen“, schwärmte er und entschuldigte sich sogleich für seinen lockeren Umgangston, der vermutlich eher der von BAYERS Kommunikationschef Herbert Heitmann war.

Nach dieser Overtüre ging Dekkers allerdings rasch wieder zum „Business as usual“ über und widmete sich dem schnöden Zahlenwerk. Er sprach über den Rekord-Umsatz, die Kurs-Entwicklung, die Wachstumstreiber, die Profit-Aussichten im laufenden Geschäftsjahr und verkündete eine Dividenden-Erhöhung. Dafür bedankten sich die anschließend zu Wort kommenden zwei AktionärInnen-Vertreter dann auch artig und beendeten damit gleichzeitig das Kontrastprogramm. Von nun an folgten bis zum Abend nur noch Beiträge über „kranke Welten“. Dem Global Player blieb dabei lediglich noch übrig, „die schlechtesten aller Welten“, die emotional erschütternden Zeugnisse der Medikamenten-Geschädigten oder ihrer Angehörigen, ganz an den Schluss der

Veranstaltung zu setzen, in der Hoffnung, die meisten AktionärInnen hätten sich da schon längst auf die Heimreise gemacht. Als aber beispielsweise Karl Murphy zum RednerInnen-Pult schritt, war der Saal bei Weitem nicht leer. So konnten noch viele mitverfolgen, welche verheerenden Folgen der von seiner Mutter genutzte Schwangerschaftstest DUOGYNON bei ihm hatte. Der Engländer zeigte HV-BesucherInnen die Auswirkungen des Pharmazeutikums, das der 2006 von BAYER geschluckte Konzern SCHERING bis in die 1970er Jahre hinein vermarktete, indem er seine beiden Hände mit den teilweise verstümmelten Fingern hochhielt. In seiner Rede, deren Übersetzung Anabel Schnura vortrug, trug er überzeugende Belege für das Gefährdungspotenzial des Präparates vor. „Ich bin im Besitz von 102 Studien, darunter auch Studien aus Deutschland, die über 3.500 Fälle von Missbildungen bei Babys aufzeigen, deren schwangere Mütter entweder hormonelle Schwangerschaftstests oder die Antibaby-Pille verordnet bekamen“, so Murphy. Und er warf dem Unternehmen vor, schon frühzeitig von den Risiken gewusst zu haben, ohne die ÄrztInnen darüber zu informieren. Ebenso wie Karl Murphys Mutter hatte Margret-Rose Pyka DUOGYNON nichtsahnend angewendet und wie diese ein gehandicaptes Kind zur Welt gebracht. „Sie müssen sich vorstellen, das sind zwei kleine Tabletten, die haben die Wirkung von zwei bis drei Packungen Antibaby-Pillen, und diese geballte Hormon-Bombe kommt auf ein paar Millimeter werdendes Leben. Und damit rechnet man als Frau nicht“, so beschrieb sie die fatalen Effekte des Produktes. Pyka hatte sich später auch in einer Initiative engagiert, um andere Menschen das Schicksal ihrer Familie zu ersparen, stieß dabei allerdings rasch an Grenzen: „Ich habe damals mit den Behörden gesprochen, und die Behörden haben mir gesagt: ‚Wir können das Produkt nicht vom Markt nehmen, weil die Markt-Macht von SCHERING zu groß ist‘. Am Ende brachte sie das Thema „Entschädigungen“ zur Sprache. „Wir sind alle eine BAYER-Familie. Da gibt es auf der einen Seite die Mitarbeiter, die den Gewinn erwirtschaften, und dann gibt es in der Familie diejenigen, die von BAYER-Produkten negativ betroffen sind, und jetzt ist die Frage, wie geht so eine BAYER-Familie mit ihren Mitgliedern um, und zwar mit den Schwachen“, führte sie aus und schlug dem Vorstand vor, einen Runden Tisch zur Schadensregulierung einzuberufen.

## HV-Echo

Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN protestierte vor den Messehallen in Köln gegen die Mitverantwortung des Konzerns für die Verschmutzung von Meeren und Flüssen durch Plastikmüll. Auch unter dem Vorstandsvorsitzenden Marijn Dekkers sei die Umstellung auf nachwachsende Rohstoffe und biologisch abbaubare Endprodukte verschlafen worden, erklärte Philipp Mimkes von der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN.

*stern*

Erst mussten die Aktionäre an qualmenden Imkern und als Bienen verkleidete Aktivisten vorbei, dann an blauen Stoffbahnen mit dem berühmten BAYER-Kreuz in der Mitte, das von Plastikmüll umgeben war. Rund hundert BAYER-KritikerInnen haben am Mittwoch in Köln vor den Toren der Hauptversammlung gegen die Geschäftspolitik des Chemie-Riesen protestiert.

*taz*

Das Leverkusener Haushaltsloch war Thema auf der Hauptversammlung des Chemie-Konzerns BAYER. Kritische Fragen gab es zur Gewerbesteuer: Marijn Dekkers' Antwort fiel nicht so detailliert aus wie gewünscht.

*Leverkusener Anzeiger*

BAYER-Kritiker monieren die MaterialScience-Abspaltung (...). Die Beschäftigten haben zwar eine Job-Garantie bis 2020 erhalten. Doch BAYERS Konzern-Chef Marijn Dekkers muss Ende Mai auf der Hauptversammlung mit viel Kritik rechnen. Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) hat sich mit Gegenanträgen zur Entlastung von Vorstand und Aufsichtsrat des Konzerns positioniert – und ihre Sorgen um die Zukunft der Beschäftigten deutlich gemacht.

*Neuss-Grevenbroicher Zeitung*



## O-Ton BAYER



„Sorge bereitet mir die wachsende Anzahl kritischer Stakeholder, deren Ansichten und Forderungen eher auf Emotionen und Glaubenssätzen gründen als auf wissenschaftlichen Erkenntnissen.“

*BAYER-Chef Marijn Dekkers im Spiegel-Interview*

Margret-Rose Pyka war offenbar der Meinung, unter vernünftigen Menschen müsste sich für solch ein Problem doch eine Lösung finden lassen. Aber die BAYER-ManagerInnen betrachten sich nicht als Personen, die frei über solche

Angebote entscheiden können. Sie sehen sich an den Auftrag der Eigentümer des Konzerns, vor allem der GroßaktionärInnen und der InvestorInnen, gebunden, so viel Profit wie möglich zu erwirtschaften. Und ein Entgegenkommen in der Schadensersatz-Frage birgt in den Augen des Vorstandes das Risiko, weitere Ansprüche von Geschädigten nach sich zu ziehen und so den Gewinn zu schmälern. „Selbstverständlich stehen wir zu unseren Produkten, wir müssen aber bei der Regulierung von Ansprüchen auch juristische Aspekte mit berücksichtigen“, so drückte Marijn Dekkers diesen Sachverhalt aus und beschied Pyka: „Im von Ihnen angesprochenen Kontext sehen wir daher keine Grundlage für Entschädigungszahlungen.“

Was die verheerenden Wirkungen von Antibaby-Pillen der YASMIN-Produktfamilie betrifft, sahen allerdings US-amerikanische Gerichte „eine Grundlage für Entschädigungszahlungen“. 1,9 Milliarden US-Dollar musste der Konzern bisher dafür aufwenden. Das sei „den Besonderheiten des Rechtssystems in den USA“ geschuldet und beruhe auf den spezifischen Fakten des jeweiligen Einzelfalles, so Dekkers auf eine entsprechende Frage

der YASMIN-geschädigten Kathrin Weigele. Er hob jedoch auch hier wieder den „juristischen Aspekt“ hervor, dies sei im Rahmen eines Vergleiches und ohne Anerkennung einer Haftung geschehen.

Für Weigele, ihre Leidensgenossin Felicitas Rohrer sowie für das Ehepaar Zwartje, denen keine so verbraucher-schutz-freundliche Gerichte wie in den USA zur Seite stehen, hatte der Konzern nur formelhafte Beileidsbekundigungen übrig. Felicitas Rohrer hatte sich vorher solche Floskeln ausdrücklich verboten, Marijn Dekkers ließ sich davon allerdings nicht abhalten. „Deshalb wiederhole ich mich zwar, wenn ich Ihnen sage, dass mich ihre persönliche Geschichte bewegte und weiter bewegt“, eröffnete der Vorstandsvorsitzende der jungen Frau, bevor er wieder zur Tagesordnung überging: „Das Sicherheitsprofil unserer oralen Kontrazeptiva entspricht dem vergleichbarer hormoneller Verhütungsmittel auf dem Markt.“

Unerbittlich zeigte sich der Leverkusener Multi auch wieder in der Sprach-Frage. So untersagte der Aufsichtsratsvorsitzende Werner Wenning als Versammlungsleiter es Valerie Williams, die wie Karl Murphy extra aus Großbritannien angereist



# KOMMUNAL POLITIK *machen*

## – eine grüne Gebrauchsanweisung

Dieses Buch führt Neulinge in die lokalpolitische Materie ein und hält auch für altgediente Kommunalas/os noch viele Kniffe parat.

- 👍

Grundlagen

Was passiert im Gemeinderat oder Kreistag?  
Wie funktioniert das mit den Geschäftsordnungstricks?
- 👍

Strategie

Wie geht Opposition, wie „regiert“ es sich mit einem Koalitionspartner?  
Wo stecken im Ort Bündnispartner, wo der Nachwuchs?
- 👍

Alltag

Wo ist eigentlich die Zeit geblieben? Welche Arbeitshilfen gibt es?  
Politik-Lust statt Frust – wie schaffen Ehrenamtliche das?  
Antworten auf diese und viele andere Fragen gibt unser Leitfaden für Politikmachen vor der eigenen Haustür.

Bielefeld 2014, 200 Seiten, ISBN 978-3-9803641-4-0, Preis: 12,00 € + Versand



4., aktualisierte und erweiterte Auflage

Rita A. Herrmann  
Gerald Munier (Hg.)

HEINRICH BÖLL STIFTUNG **AKP**

AKP Alternative Kommunalpolitik, Luisenstr. 40, 33602 Bielefeld  
Tel. 05 21-17 75 17, Fax 05 21-17 75 68  
akp@akp-redaktion.de, www.akp-redaktion.de

war, um über ihre Erfahrungen mit dem Schwangerschaftstest DUOGYNON zu berichten, ihre Rede in der Muttersprache zu halten. Während Wenning als Aufsichtsratsmitglied der DEUTSCHEN BANK kein Problem damit hatte, dass sich der ehemalige Co-Vorsitzende Anshu Jain auf deren Hauptversammlung größtenteils des Englischen bediente, blieb der ehemalige BAYER-Chef Williams gegenüber hart: „Redebeiträge und Fragen sind auch in diesem Jahr nur in deutscher Sprache möglich“. CBG-Vorstandsmitglied Köhler-Schnura kritisierte das scharf. „Wann wird dieser entwürdigende, skandalöse und arrogante großdeutsche Sprach-Zopf bei BAYER endlich abgeschnitten“, fragte er. Aber Wenning zeigte sich uneinsichtig. „Wieso Sie den Gebrauch der deutschen Sprache für arrogant halten und als skandalös empfinden, erschließt sich mir übrigens, Herr Köhler-Schnura, nicht“, so der Ober-Aufseher des Konzerns. Das CBG-Urgestein setzte aber auch noch andere Themen auf die Agenda der Hauptversammlung. Er sprach über das, was Marijn Dekkers in seiner Eröffnungsrede als den „Wandel zu einem reinen Life-Science-Unternehmen“ und eine Konzentration

on „auf unsere innovationsstärksten Bereiche“ beschrieben hatte: die Trennung von der Kunststoff-Sektion BAYER MATERIAL SCIENCE. „Dieser schwerwiegende Eingriff in den Betriebsfrieden dient einzig und allein dazu, die bereits unverschämte Profit-Rate weiter zu steigern“, konstatierte Köhler-Schnura und prophezeite den dort Beschäftigten ein ähnliches Schicksal wie den KollegInnen der 2004 ausgegliederten, heute unter dem Namen LANXESS firmierenden Plaste- und Chemie-Sparte: „Lohndumping und Vernichtung von Arbeitsplätzen im großen Stil“. Darüber hinaus griff der Diplom-Kaufmann noch BAYERS windige Umtriebe im Netz auf. Der Konzern hatte eine Agentur beauftragt, um „Online-Reputationsmanagement“ zu betreiben und mittels gefaketer Postings auf FACEBOOK und in Foren Produkte des Unternehmens anzupreisen, komplett mit kruden Rechtschreibfehlern als besonderem Authentizitätsausweis. „Ich wüsste schon gerne von Ihnen, Herr Dekkers, wie sich solche (...) Methoden ihres Konzerns mit den von Ihnen immer wieder beschworenen Verhaltensregeln vertragen, in denen so Sätze zu lesen sind wie: ‚BAYER bekennt sich ohne Einschränkung

zum Wettbewerb mit fairen Mitteln?‘“ Da blieb dem Niederländer kaum etwas anderes übrig, als den Vorgang zu bedauern. Als eine Unternehmensstrafat wertete er die Manipulationen allerdings nicht, für ihn handelte es sich dabei lediglich um Einzelfälle bzw. „Aktivitäten einzelner Mitarbeiter“, die dann auch als Bauernopfer herhalten und den Pharma-Riesen verlassen mussten. Auch CBG-Geschäftsführer Philipp Mimkes sprach ein ganzes Bündel von problematischen BAYER-Aktivitäten an. So kritisierte er die massenhafte Herstellung von biologisch nicht abbaubaren Kunststoffen, deren drastische Folgen für die Ozeane die Coordination vor den Messehallen mit dem vor Plastikmüll berstenden Miniaturmeer illustriert hatte. Als den „Gipfel nicht-nachhaltiger Kunststoff-Produktion“ bezeichnete Mimkes dabei die Fertigung von Mikroplastik für die Kosmetik-Industrie, das Kläranlagen mühelos überwindet und ungefiltert in die Gewässer gelangt. Aber nicht nur die Chemie-Wende, auch die Energie-Wende hat der Leverkusener Multi dem CBGler zufolge verschlafen, und zwar so sehr, dass der Konzern sich im Gegensatz zu den vergangenen Jahren

# BAYER - Aktien

## in Aktion!

**Stimmrechte übertragen. Kritische BAYER-AktionärInnen unterstützen.**

Wenn Sie BAYER-Aktien im Depot haben, nehmen Sie Ihre Verantwortung für Gesellschaft und Umwelt ernst. Übertragen Sie die Stimmrechte den Kritischen BAYER-AktionärInnen.

Bitte ausschneiden und zurücksenden: Coordination gegen BAYER-Gefahren • Postfach 150418, 40081 Düsseldorf • Fax 0211 - 33 39 40 • info@CBGnetwork.org

**www.cbgnetwork.org**

- Ja, ich möchte mehr Informationen.
- Ich besitze BAYER-Aktien und möchte meine Stimmrechte den Kritischen-AktionärInnen übertragen.
- Ja, ich spende ..... €
- Ja, ich abonniere Stichwort BAYER für 30,- € im Jahr
- Ja, die CBG braucht Rückenstärkung, ich werde Mitglied (SWB-Abo ist im Beitrag enthalten). Mein Beitrag soll im Jahr betragen (mind. 60 €/Jahr) ..... €  
Bitte abbuchen  monatlich  vierteljährlich  
 halbjährlich  jährlich

Für Abo, Beitrag und/oder Spende bitte die Lastschrift ausfüllen.

**Bitte deutlich schreiben (falls Platz nicht reicht, bitte Extrablatt beifügen)**

Name, Vorname	Alter	Beruf
Straße, Hausnr.		
PLZ, Ort		
eMail		
Telefon		
Geldinstitut		Bankleitzahl bzw. BIC
Konto-Nr. bzw. IBAN		Datum, Unterschrift

Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend ab dem Zeitpunkt der Mitteilung, den oben genannten Betrag vollständig zurückzahlen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Gläubiger-ID: DE27CBG000000021028

## Abstimmungsergebnisse



Die Abstimmungen auf AktionärInnen-Hauptversammlungen der Konzerne dominieren wenige GroßaktionärInnen (Ultrareiche, Investmentfonds, Banken etc.) Sie sorgen für sichere Mehrheiten von 90 Prozent + x. Die vielen hunderttausend KleinaktionärInnen besitzen zusammen lediglich fünf bis zehn Prozent der Aktien. Entsprechend sind die Zahlen der Nein-Stimmen auf den Hauptversammlungen des Leverkusener Multis durchaus als Erfolg der Kritischen AktionärInnen bei BAYER zu werten. (Da das Unternehmen die Anzahl der Enthaltungen nicht nennt, ergeben sich im Verhältnis der absoluten Zahlen zu den Prozent-Angaben Schwankungen.)

**Gewinn-Verwendung**  
Nein-Stimmen: 899.013 (0,3 %)

**Entlastung des Vorstands**  
Nein-Stimmen: 505.329 (1,5 %)

**Entlastung des Aufsichtsrats**  
Nein-Stimmen: 9.984.692 (3,1 %)

**Abschlussprüfung durch PRICEWATERHOUSECOOPERS (PWC)**  
Nein-Stimmen: 44.346.258 (13,2 %)

gar nicht mehr traut, den verschwindend geringen Prozentsatz, den der Anteil erneuerbarer Energien in seinem Strom-Mix einnimmt, im Geschäftsbericht aufzuführen. Weit entfernt davon, hier eine Umkehr einzuleiten, setzt der Global Player auch noch auf die mit vielen Umweltrisiken behaftete Fracking-Technologie. „Offenbar werden hier bei BAYER entscheidende Weichen falsch gestellt“, resümierte Mimkes. Nicht nur mit der Zukunft tut sich das Unternehmen jedoch schwer, sondern auch mit der Vergangenheit. Noch vor zwei Jahren hatte Dekkers auf der Hauptversammlung die „historischen Verdienste“ des ehemaligen BAYER-Generaldirektors Carl Duisberg gerühmt, der im Ersten Weltkrieg mitverantwortlich für die Entwicklung von Chemie-Waffen und die Ausbeutung von ZwangsarbeiterInnen war und später einen maßgeblichen Anteil an der Gründung des Mörderkonzerns IG FARBEN hatte. Anlässlich des 100. Jahrestages des ersten Giftgas-Einsatzes im belgischen Ypern wies Mimkes noch einmal auf die fatale Rolle Duisbergs bei der Entwicklung dieser Massenvernichtungswaffe hin und nannte dies als einen der Gründe dafür, warum sich immer mehr

# Europa oder der Tod

Einzelheft 10 €  
Im Abo 6,55/5,10 €

6'15

Blätter für  
deutsche und  
internationale  
Politik

**Flucht und Sterben:  
Europa oder der Tod**  
Thomas Gebauer

**Feminismus:  
Befreit die Männer!**  
Laurie Penny

**Dialektik der Autonomie**  
Michael Pauen und Harald Welzer

**Gegen die Wand:  
Modell Deutschland 2015**  
Stefan Welzk

**AfD am Scheideweg**  
Korte, Leggewie, Lewandowsky

**Teures Wohnen: Städte unter Druck**  
Rink, Schöning, Gardemin, Holm

**Erdogan: Die Sprache des Islamismus**  
Dilek Zaptcioglu

**Russland: Macht und Expansion**  
Vittorio Hösle

Die »Blätter« im Juni mit:

Thomas Gebauer, Laurie Penny,  
Harald Welzer, Claus Leggewie,  
Andrej Holm, Dilek Zaptcioglu u.a.

[www.blaetter.de/probelesen](http://www.blaetter.de/probelesen)

abo@blaetter.de | Tel. 030/3088-3644



BAYER trotz Kritik

# „Wir stehen zu unseren Produkten“



Daniel Bendix von NGO GLOKAL spricht zur Vermarktung von BAYER-Verhütungsmitteln in den Ländern der „Dritten Welt“.

*Was sonst noch geschah: KritikerInnen brachten auf der Hauptversammlung zahlreiche weitere Themen zur Sprache. So setzten sie zusätzlich das Bienensterben, das Pestizid Glyphosat, die Gentechnik, die Medikamente XARELTO und JADELLE, die Tierversuche, die Datensicherheit, die Kohlenmonoxid-Pipeline, die Rolle des Großinvestors BLACK-ROCK und BAYERs Steuervermeidungsstrategien auf die Tagesordnung.*

*Von Jan Pehrke*

Auch auf der diesjährigen Hauptversammlung des Leverkusener Multis nahm das Thema „Bienensterben“ wieder breiten Raum ein. Gleich sechs KritikerInnen beschäftigten sich mit dieser Nebenwirkung der BAYER-Pestizide aus der Gruppe der Neonicotinoide wie GAUCHO und PONCHO. Die Imkerin Annette Seehaus-

Arnold, Kreisvorsitzende der ImkerInnen der Region Rhön-Grabfeld, legte dem Global Player eine Schadensbilanz vor. „Meine Imker-Kollegen mussten in diesem Winter wieder sehr hohe Verluste an Bienenvölkern hinnehmen. Viele haben sogar alle Völker verloren“, klagte sie. Dabei hätten die BienenzüchterInnen alle

Anweisungen zum Schutz der Bienen vor der Varroa-Milbe befolgt, in der BAYER die eigentliche Ursache für den Tod der Bienen sieht. Seehaus-Arnold hatte den Agro-Riesen hingegen in Verdacht, die Bedrohung durch die Varroa-Milbe künstlich aufzubauen, um von den gefährlichen Effekten seiner Pestizide abzulenken. Und

selbst wenn diese einen negativen Einfluss auf die Bienengesundheit hätten: „Es kommt nicht auf den Erreger an, sondern auf den Boden, auf den er fällt“, zitierte Seehaus-Arnold Louis Pasteur. Und diesen Boden haben der Imkerin zufolge GAUCHO & Co. besonders fruchtbar für den Erreger gemacht.

**Flurschäden**

Die Europäische Union schätzt die Mittel ebenfalls als sehr gefährlich ein. Nach Ansicht der EU-Kommission bergen sie „etliche Risiken für die Bienen“. Darum hat Brüssel einen zunächst zweijährigen Verkaufsstopp angeordnet. Der Leverkusener Multi aber geht in Tateinheit mit SYNGENTA gerichtlich gegen das Votum vor. „Warum akzeptieren Sie die Entscheidung nicht? Warum gefährden Sie wissentlich das Überleben der Honigbienen“, fragte Lea Horak von RETTET DEN REGENWALD den Vorstand deshalb. Wiebke Schröder von SUMOFUS bezeichnete das als „aggressives Verhalten“ und überreichte den Konzern-ManagerInnen über eine Million Unterschriften, die ihre Organisation gegen die Klage gesammelt hatte. „Nehmen Sie die Neonicotinoid-Bedrohung ernst“, mahnte sie eindringlich angesichts der großen Bedeutung, die Bienen durch die Bestäubung von Nutzpflanzen für die Nahrungsmittelversorgung der Menschen haben.

Wie richtig die Entscheidung der EU war, drei Neonicotinoide von BAYER und SYNGENTA mit einem Moratorium zu belegen, bestätigte derweil der Imker Markus Bärmann mit seinen Erfahrungen aus der Praxis. „Dieses Frühjahr war bei den Bienen vieles anders. So viel anders, wie ich es seit zwanzig Jahren nicht mehr erlebt habe! Endlich wieder Insekten in der Luft

und am Boden!“, schwärmte er. Auch über orientierungslos umherfliegende Bienen musste Bärmann nicht mehr klagen.

Corinna Hölzel vom BUND widmete sich derweil einem immer noch erhältlichen Neonicotinoid-Wirkstoff, der unter anderem in BAYERs CALYPSO und LIZETAN sein Unwesen treibt: Thiaclopid. „Thiaclopid ist ähnlich besorgniserregend wie die drei verbotenen Wirkstoffe, denn es gehört zur gleichen Gruppe“, stellte sie fest und führte zum Beleg eine Studie des Berliner Bienenforschers Randolf Menzel an, wonach Bienen nach dem Kontakt mit dieser Agrochemikalie nicht mehr in ihren Stock zurückfanden. Auch der Imker Christoph Koch vom DEUTSCHEN BERUFS- UND ERWERBSIMKERBUND berichtete vom Gefährdungspotenzial dieses Produkts. Er verwies dabei auf Zahlen, die das „Deutsche Bienen-Monitoring“ ermittelt hat. Rückstände von sage und schreibe 23 verschiedenen Pestiziden wiesen die WissenschaftlerInnen in den von den Bienen gesammelten Pollen nach. Darunter befanden sich „beängstigend viele Proben mit extrem hohen Thiaclopid-Werten“, so Koch. Der Agro-Riese bestreitet den Sachverhalt jedoch und bewirbt CALYPSO und LIZETAN als „nicht bienengefährlich“. Weil der BUND das als eine Irreführung der VerbraucherInnen bezeichnete, verklagte BAYER den Umweltverband, was Christoph Koch ebenso wie Corinna Hölzel scharf kritisierte – und das Düsseldorfer Landgericht ebenfalls als nicht berechtigt ansah: Es entschied im März 2015 zu Gunsten der Initiative.

„BAYER respektiert das Urteil, da in diesem Verfahren die juristische Abwägung zwischen der Meinungsfreiheit und dem Schutz des Eigentums im Mittelpunkt stand“, erklärte Marijn Dekkers. Und we-

der von dieser Niederlage noch von den vielen Unterschriften, die SUMOFUS sammelte, lässt der Konzern sich davon abbringen, die Auseinandersetzung über die Gefährlichkeit seiner Pestizide vornehmlich auf juristischem Wege zu führen. Er verfolgt die Klage gegen die EU weiter. Dekkers zufolge ging die Kommission gegen die Ackergifte vor, ohne neue Erkenntnisse über unerwünschte Effekte der Mittel zu haben, was seiner Ansicht nach die Rechtssicherheit gefährdet. „Deshalb legen wir weiterhin Wert auf eine gerichtliche Klärung“, so der Ober-BAYER. Immer noch hat er nicht die Spur eines Zweifels an GAUCHO und PONCHO. „Wir stehen zu unseren Produkten. Wir sind nach wie vor davon überzeugt, dass Neonicotinoide sicher sind, wenn sie verantwortungsvoll und vorschriftsmäßig eingesetzt werden“, hielt er fest und machte für das Bienensterben neben der Varrao-Milbe nur noch extreme Umwelt- und Klima-Einflüsse sowie eine Veränderung der landwirtschaftlichen Strukturen verantwortlich.

Julia Sievers-Langer von der AGRAR KOORDINATION widmete sich zwei anderen Pestizid-Wirkstoffen, die zwar nicht zur Gruppe der Neonicotinoide gehören, es aber trotzdem in sich haben: Glyphosat und Glufosinat. Glyphosat, das BAYER etwa unter den Namen GLYPHOS, USTINEX G oder KEEPER vermarktet, hat das Krebsforschungsinstitut der Weltgesundheitsorganisation jüngst als „wahrscheinlich krebserregend“ eingestuft, berichtete Sievers-Langer. Und von Glufosinat, das der Leverkusener Multi vor allem in Kombination mit seinen Gen-Saaten vertreibt, gehe sogar nach Meinung der Europäischen Union ein beträchtliches Gesundheitsrisiko aus. Die globale Glufosinat-Produktion verdoppeln zu wollen, obwohl



... mit uns in die Neue Zeit ...

klein frech gefräßig ★ frei fröhlich gefährlich

## DAS KROKODIL

Grundsatzschrift über die  
Freiheit des Denkens  
bissig – streitbar – schön und wahr  
und (manchmal) satirisch

**www.DAS-KROKODIL.com**

Vierteljahresschrift. Herausgegeben von  
Anneliese Fikentscher, Andreas Neumann,  
Klaus Hartmann, Hartmut-Barth-Engelbart,  
Veronika Thomas-Ohst, Claudia von Werlhof

JA, ich möchte DAS KROKODIL adoptieren / abonnieren

- mit 4 Ausgaben/Jahr zu 18 Euro (4.50 Euro je Ausgabe inkl. Versand) Auslandsabo 25 Euro inkl. Versand
- Förderabo 48 Euro inkl. Versand

Name \_\_\_\_\_

Straße \_\_\_\_\_

PLZ/Wohnort \_\_\_\_\_

Datum / Unterschrift \_\_\_\_\_

Adoptionsantrag einsenden an DAS KROKODIL  
Merheimer Straße 107 : 50733 Köln

die EU-Zulassung 2017 auslaufen wird, bezeichnete die Aktivistin deshalb als „Skandal“. Sie forderte eine Erklärung dafür ein. „Welche Argumente können schwerer wiegen als die Verpflichtung, die Entstehung von Missbildungen bei Embryos als Folge des Glufosinat-Einsatzes zu verhindern?“, fragte sie den Vorstand. Darauf antwortete Dekkers allerdings nicht. Stattdessen stellte er Glufosinat angesichts der immer mehr Pestiziden trotzenden Wildpflanzen als wichtige Alternative für die LandwirtInnen dar und betonte die herausragenden Produkt-Eigenschaften. Und was die Risiken und Nebenwirkungen angeht, da ist es für den Konzern damit getan, sich „für den sicheren, vorschriftsmäßigen Einsatz“ einzusetzen.

Dr. Christopher Faßbender von der Tierschutz-Organisation PETA thematisiert das Leid, das Versuchstiere ertragen müssen, die mit Pestizid-Wirkstoffen imprägnierte Halsbänder gegen Zecken-Befall testen. Bis zu 400 Tage dauern die Erprobungen, bei denen Hunde und Katzen wiederholt über mehrere Stunden Parasiten in engen Transportboxen ausgesetzt sind. Dekkers äußerte sich aber nicht zu dem konkreten Fall. Er erging sich stattdessen in Ausführungen über die Verantwortung für das Tier als Mitgeschöpf, die BAYER angeblich übernehme.

Christoph Then vom Verein TESTBIOTECH und Sibylle Arians konfrontierten die Hauptversammlung mit einem Schadensbericht zur „grünen“ Gentechnik. „Offensichtlich hat die Firma BAYER die Kontrolle über ihre gentechnisch veränderten

Pflanzen längst verloren“, konstatieren die beiden und präsentierten eine lange Liste mit „Unfällen“. Sie begann mit dem Genreis-Skandal, bei dem sich Spuren von BAYERs LL601-Laborfrucht in normalem Haushaltsreis fanden, und reichte über kontaminierten Mais bis zu Auskreuzungen von Gen-Raps und Gen-Baumwolle. Zu diesen Kontrollverlusten wollte sich der BAYER-Chef allerdings nicht äußern. Er beließ es bei Allgemeinplätzen über einen verantwortungsvollen Umgang mit der Risikotechnologie und stellte deren Beitrag zur Sicherung der Nahrungsmittel-Versorgung heraus, ungeachtet der Tatsache, dass die meisten Genpflanzen als Futter in den Ställen der MassentierhalterInnen landen.

### Pillenschäden

Roland Holtz wandte sich der Pillen-Sparte zu und nahm sich mit dem Blutgerinnungshemmer XARELTO BAYERs Bestseller vor. Holtz, der lange Jahre in der pharmazeutischen Industrie gearbeitet hat und die Branche aus ethischen Gründen verließ, unterzog die Zulassungstests einer genaueren Betrachtung. Er enthüllte, mit welchen Tricks der Leverkusener Multi eine Nicht-Unterlegenheit des Mittels gegenüber den herkömmlichen Präparaten demonstrieren konnte. So hat der Konzern beispielsweise den ProbandInnen der Vergleichsgruppe ihr Medikament nicht in der richtigen Dosierung verabreicht. Darauf ging Marijn Dekkers jedoch nicht näher ein. Lieber verlas er Textbausteine aus den Werbe-Broschüren zu dem Phar-

mazeutikum, das es allein 2014 auf fast 2.000 Meldungen über unerwünschte Arznei-Effekte brachte und in Verdacht steht, für 161 Todesfälle verantwortlich zu sein. Susanne Schultz vom GEN-ETHISCHEN NETZWERK problematisierte in ihrem Beitrag, wie BAYER mit seinem Langzeitverhütungsmittel JADELLE eine Entwicklungshilfe-Strategie stützt, die weniger gegen die Armut als vielmehr gegen die Armen gerichtet ist und deren Vermehrung eindämmen will. „JADELLE wurde vom bevölkerungspolitischen Think Tank ‚Population Council‘ dafür entwickelt, Frauen in den Ländern des Globalen Südens möglichst langfristig unfruchtbar zu machen“, so Schultz – und zwar ohne Rücksicht auf Verluste. Nebenwirkungen wie starke oder ausbleibende Monatsblutungen, Depressionen, Migräne und abrupte Gewichtszunahmen oder –abnahmen zählte die Wissenschaftlerin von der Frankfurter Goethe-Universität auf.

Während BAYER die Ärmsten der Armen mit einem fünf Jahre wirkenden Silikonstäbchen bestückt, das in den Oberarm eingenäht wird, versucht der Pharma-Riese die reicheren Afrikanerinnen für seine teuren Kontrazeptiva zu gewinnen, kritisierte Daniel Bendix von GLOKAL e. V. Und wenn BAYER offiziell verkündet, „Kundinnen, die für ihre reproduktiven Gesundheitsdienstleistungen mehr zahlen können, dazu zu bringen, auf diese Produkte umzusteigen“, dann firmiert das Ganze auch noch unter Entwicklungshilfe und speist sich zum Teil aus staatlichen Geldern, so Bendix. Dekkers focht das nicht an: Er gab unverdrossen den Albert Schweitzer. Der Pharma-Riese kalkuliere nur mit einer geringen Marge, und die staatliche Unterstützung würde gerade einmal eine kostendeckende Arbeit erlauben, behauptete er. Und auch mit JADELLE betätigt sich der Konzern nach Ansicht des Vorstandsvorsitzenden nur als Samariter, reduziere das selbstverständlich sichere und gut verträgliche Mittel doch die Säuglings- und Müttersterblichkeit bei Geburten in beträchtlichem Maße. „Ohne Schwangerschaften keine Schwangerschaftskomplikationen“ – so seine besteckende Logik.

Dieter Donner befasste sich hingegen mit den Risiken und Nebenwirkungen, die von BAYERs Kunststoff-Abteilung ausgehen und beschäftigte sich mit einer Sache, die für den Multi schon zu einer Altlast mutierte, ehe sie überhaupt in Betrieb ist: mit der von Dormagen nach Krefeld verlaufenden Kohlenmonoxid-Pipeline. Auch 2014

## 1915 bis 2015 100 Jahre GENOZID



1915 begann der Genozid in der Türkei, damals dem Osmanischen Reich. Deutschland war damals Verbündeter im Weltkrieg und half beim Völkermord. 1,5 Millionen Armenier wurden ermordet. Bis heute wird er von der Regierung in Ankara geleugnet. Wie spielte sich der Genozid ab, was tat die deutsche Regierung? Wie kann man mit dem heutigen Leugnen umgehen?

Reinhard Pohl: **Völkermord. Türkei, Deutschland und die Armenier.** 2015, 48 Seiten, 2 Euro

Online bestellen: [www.brd-dritte-welt.de](http://www.brd-dritte-welt.de)



war wieder ein schwarzes Jahr für das Projekt, wie der Presse-Koordinator der STOPP-BAYER-CO-PIPELINE-INITIATIVE resümierte. Erst legte die nordrhein-westfälische Landesregierung ein Gutachten vor, wonach es sicherere und sogar preisgünstigere Alternativen zu der Rohrleitung gibt, und dann beurteilte das Oberverwaltungsgericht Münster das Pipeline-Gesetz auch noch als verfassungswidrig. Zudem muss das Unternehmen sich weiter mit der Klage von Heinz-Josef Muhr auseinandersetzen, obwohl dieser jüngst verstarb. Donner, der zum Gedenken an Muhr einen Trauerflor trug, kündigte nämlich an, dass der Prozess trotzdem weitergeführt wird. Angesichts all dieser Unbill fragte Rainer Kalbe den Vorstand, ob er denn einen Plan B hätte. „Diese Frage stellt sich für uns nicht“, antwortete ihm Marijn Dekkers, denn die Giftgas-Leitung gewähre „ein Höchstmaß an Sicherheit“.

Sicherheitsproblemen virtueller Art nahm sich der IT-Berater Fabian Keil an. Er erbat vom Vorstand Informationen zum Datenschutz bei BAYER und erkundigte sich danach, welche Vorkehrungen der Konzern, der auch mit externen IT-Dienstleistern in den Vereinigten Staaten zusammenarbeitet, gegen Ausspäh-Versuche von NSA & Co. trifft. Eine konkrete Antwort darauf blieb der BAYER-Vorstandsvorsitzende Fabian Keil jedoch schuldig, einmal mehr flüchtete Marijn Dekkers sich ins Allgemeine und versicherte dem kritischen Aktionär, beim Pharma-Riesen würden hohe Sicherheitsstandards im Computer-Bereich gelten.

### Steuerschäden

Der Verfasser dieser Zeilen setzte die Steuermoral des Gen-Giganten auf die Agenda. „Aktuell ist das Unternehmen der wertvollste Konzern im Dax. Die Stadt Leverkusen aber, in der BAYER seinen Stammsitz hat, darbt“, hob er an und führte die ganz legalen Steuertricks auf, die so etwas ermöglichen. Zu den Mitteln der Wahl gehören für den Multi vor allem Niederlassungen in Holland und Belgien, die

Anteile an BAYER-Gesellschaften halten und steuermindernde Zins- und Kredit-Transaktionen abwickeln. In bemerkenswerter Offenheit räumte der Vorstandsvorsitzende zu den ständig sinkenden Gewerbesteuer-Zahlungen ein: „Die Strukturen des heutigen globalen Konzerns sind mit denen von BAYER aus den 80er und 90er Jahren nicht mehr vergleichbar.“ Er gab auch detaillierte Auskünfte zu den Struktur„reformen“. So haben holländische oder belgische Briefkasten-Firmen wie BAYER WOLRD INVESTMENTS Besitztitel an rund einem Fünftel aller 350 Gesellschaften des Konzerns. Und das Volumen ihrer Steuerspar-Geschäfte ist immens. So hat allein BAYER-Antwerpen anderen Töchtern des Global Players 2014 Kredite in einem Volumen von 13,4 Milliarden Euro gewährt.

Der Publizist Dr. Werner Rügemer, dessen Rede Gert Weisel verlas, stellte schließlich die für eine AktionärInnen-Versammlung zentrale Frage: Wem gehört BAYER eigentlich? Er legte die intransparenten Besitz-Verhältnisse dar, schilderte, wie die großen Finanzinvestoren beinahe täglich ihren Aktien-Anteil an dem Unternehmen verändern und forderte Aufklärung. Stellvertretend befasste Rügemer sich näher mit den Praktiken der Gesellschaft BLACKROCK, die 6,2 Prozent der BAYER-Papiere hält und wegen Verstößen gegen das Wertpapierhandelsgesetz im März 2015 eine Strafe in Höhe von 3,25 Millionen Euro zahlen musste. Unter an-

derem wollte Werner Rügemer von der Management-Riege wissen, wie sich die Beziehungen des Finanzinvestors zum Agro-Mogul konkret gestalten und ob BLACKROCK Einfluss auf die Entscheidung hatte, sich von der Kunststoff-Sparte zu trennen. Es gebe „einen regelmäßigen Gedankenaustausch“, antwortete Dekkers, im Geschäftsjahr 2014 hätten zwei Einzelgespräche auf Vorstandsebene in New York und Boston stattgefunden. Druck hat der Global Player dort laut Marijn Dekkers nicht bekommen: „Wir haben die Portfolio-Manager von BLACKROCK als konstruktive, interessierte und die Unternehmensstrategie unterstützende Aktionäre kennengelernt.“

Solche hat die Aktien-Gesellschaft am 27. Mai auf der Hauptversammlung hingegen kaum kennengelernt. Mit 26 kritischen AktionärInnen musste sie sich in den Kölner Messehallen auseinandersetzen. Und als reiche all dies noch nicht, wirkte das auch noch ansteckend, so dass sich auch andere zu Interventionen ermuntert fühlten. Uta Behrens vom „Deutschen Juristinnen-Bund“ mahnte mehr Frauen-Förderung an, die französische Journalistin Elise Lucet thematisierte weitere Pestizid-Probleme und Margret Seitz brachte aus gegebenem Anlass Fehler bei vergangenen Unternehmensabspaltungen auf Tapet. So musste der Leverkusener Multi seine Rekorde-Ergebnisse alleine feiern, die Hauptversammlung ist dafür seit Langem schon kein Ort mehr. ←



**grünes blatt** 

**Zeitschrift für Umweltschutz von unten**

Herrschaftskritik  
Energiekämpfe  
Mensch-Tier-Verhältnis  
Anti-Knast-Arbeit

Einzelabo 15€, 10er-Abo 60€ / 4 Ausgaben  
Gratis-Probexemplar

[mail@gruenes-blatt.de](mailto:mail@gruenes-blatt.de)

Bundesregierung zu XARELTO:

# „Kein Handlungsbedarf“



Eine verlorene Generation

*Im April 2015 musste sich auch die Bundesregierung mit BAYERs Gerinnungshemmer XARELTO beschäftigen. Die Partei „Die Linke“ wollte in einer Kleinen Anfrage wissen, welche Konsequenzen die Große Koalition aus den zahlreichen Berichten über die Risiken und Nebenwirkungen der Arznei zu ziehen gedenkt. Die Antwort fiel ernüchternd aus. Es bestehe „kein neuer Handlungsbedarf“, verlautete aus den Reihen von Merkel & Co.*

*Von Jan Pehrke*

Die Schadensbilanz von BAYERs Gerinnungshemmer XARELTO wächst und wächst. Im Jahr 2014 erhielt das „Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte“ (BfArM) 1.996 Meldungen über unerwünschte Arznei-Effekte wie Blutungen und Leber-Störungen, darunter 161 Todesfälle. Ein alarmierender Befund, auch wenn dem BfArM zufolge ein Kausalzusammenhang nicht in jedem Fall belegt ist.

Die Bundesregierung sieht das jedoch anders. „Aus den dem BfArM vorliegen-

den Zahlen ergibt sich aktuell kein neuer Handlungsbedarf“, konstatiert sie in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der Partei „Die Linke“. Bei neuen Medikamenten häuften sich die Berichte über Nebenwirkungen immer, wiegeln Merkel & Co. ab und sprechen weiterhin „von einer derzeit positiven Nutzen/Risiko-Relation“.

Die US-amerikanische „Food and Drug Administration“ (FDA) tut dies nicht so einfach. Sie verweigerte dem Pharmazeutikum, das MedizinerInnen unter anderem bei Thrombosen, Embolien und Vorhofflim-

mern verschreiben dürfen, eine Zulassung zur Behandlung der Herz-Krankheit „Akutes Koronar-Syndrom (ACS)“. Die Behörde monierte unter anderem die Unterschlagung von drei Todesfällen bei den klinischen Prüfungen, den Ausschluss unerwünschter ProbandInnen sowie fehlende Informationen über den Gesundheitszustand der TeilnehmerInnen nach Ende der Tests. Die Regierungskoalition ficht das jedoch nicht an. Sie steht zur Entscheidung der Europäischen Arzneimittel-Behörde EMA, die „nach langen Beratungen

zu einer positiven Zulassungsempfehlung gekommen“ ist.

Auch Unregelmäßigkeiten bei anderen XARELTO-Tests stören das mit der Beantwortung der Anfrage betraute Gesundheitsministerium nicht weiter. Die US-Initiative PUBLIC CITIZEN hatte Mängel gerade bei solchen festgestellt, die in Entwicklungsländern wie Indien stattfanden, wo ein unerschöpfliches Reservoir an ProbandInnen, unschlagbare Preise, schnelle Verfahren und eine mangelhafte Aufsicht locken. Die EMA hätte die dort erhobenen Daten ohne Einfluss auf das Gesamtergebnis herausrechnen können, versucht die Bundesregierung zu beschwichtigen. Und das europäische FDA-Pendant darf auch in Zukunft weiterrechnen: Gesetze, welche dem Test-Tourismus Einhalt gebieten, planen CDU und SPD nämlich nicht. Immerhin bequemem sie sich dazu, mehr Inspektionen in diesen Staaten durchführen zu lassen – im letzten Jahr hatte sich das BfArM gerade einmal fünf Studien näher angeschaut, darunter drei in Indien. An der Tatsache, dass es zu dem BAYER-Präparat im Gegensatz zur Standard-Therapie mit Vitamin-K-Antagonisten wie MARCUMAR kein Gegenmittel gibt, um Blutungen zu stoppen, nimmt die Große Koalition ebenfalls keinen Anstoß. Sie hält ein solches Antidot nicht für nötig, da sich XARELTO im Organismus relativ schnell abbaue. Den ärztlichen Erfahrungen mit dem Mittel entspricht das nicht. So berichtet die Medizinerin Dr. Sigrid Süßmeyer von vielen Problemen mit Blutungen. Bei neun ihrer 14 XARELTO-PatientInnen waren diese aufgetreten. Überdies handelte es sich oft um schwere Fälle, die eine sofortige Versorgung im Krankenhaus nötig machten. Und bei einem der Patienten kam jede Hilfe zu spät: Er verstarb. Mit anderen Gerinnungshemmern gab es diese Probleme der Internistin zufolge hingegen nicht. „Seit über 20 Jahren behandle ich mit MARCUMAR ohne diese Flut von Komplikationen. Bei ca. 90 MARCUMAR-Patienten traten in vier Jahren nur vier Komplikationen auf“, so Süßmeyer.

In ihrer Kritik weiß sie sich mit vielen ihrer KollegInnen einig. Sogar die „Arzneimittel-Kommission der deutschen Ärzteschaft“ (AkdÄ) warnt vor dem massenhaften Verschreiben von „Neuen Oralen Anti-Koagulantien“ (NOAKs) wie XARELTO: „Ihr

Einsatz sollte sich auf Patienten beschränken, für die Vitamin-K-Antagonisten keine Therapie-Option sind.“ Aber selbst dieses Votum gibt der Bundesregierung nicht zu denken. Es handele sich dabei lediglich um eine Empfehlung, stellt sie fest und verweist auf die Therapie-Freiheit der MedizinerInnen: „Eine Stellungnahme oder Schlussfolgerung der Bundesregierung ist daher nicht angezeigt.“ Zu der Ansicht des AkdÄ-Vorsitzenden Wolf-Dieter Ludwig, die hohen Verschreibungszahlen für XARELTO & Co. verdankten sich allein einem aggressiven Marketing, mochten sich die Kanzlerin und ihre Regierungsmannschaft ebenfalls nicht äußern. „Der Bundesregierung liegen zu der Einschätzung von Prof. Wolf-Dieter Ludwig keine belastbaren Informationen vor; insofern enthält sich die Bundesregierung einer Bewertung oder Meinungsäußerung zu dieser Einschätzung“, heißt es in der Drucksache 18/4701. Der Leverkusener Multi ist da weit meinungsfreudiger. Er hält Ludwig schlicht für einen Bekämpfer von Innovationen.

Nicht einmal die hohen Kosten von 100,50 Euro im Monat gegenüber 4,80 Euro bei MARCUMAR & Co. bringen Merkel & Co. auf Distanz zu dem BAYER-Mittel, obwohl die Preise für XARELTO und die anderen NOAKs die Etats der Krankenkassen über Gebühr belasten und deren Ausgaben für Gerinnungshemmer im Jahr 2014 auf 675 Millionen Euro haben steigen lassen. „Die NOAKs haben in den meisten Fällen keine Vorteile für die Patienten, trotzdem wurden 2014 fast doppelt so viele Tagesdosen verschrieben wie im Vorjahr“, muss etwa die „Techniker Krankenkasse“ konstatieren. Statt den PatientInnen zunächst die etablierten Wirkstoffe zu verschreiben, würden sie gleich auf die neuen Pharmazeutika eingestellt, moniert Tim Steimle vom TK-Fachbereich „Arzneimittel“.

Eine Kosten/Nutzen-Bewertung, wie sie das 2011 eingeführte Arzneimittel-Neuordnungsgesetz (AMNOG) für bereits zugelassene Medikamente vorsah, hätte die Risiken und Nebenwirkungen von XARELTO für die PatientInnen und die Kassen abschätzen und Schaden abwenden können. Ein solches Verfahren hatte am 1.12.2013 tatsächlich auch begonnen, doch es kam nie zu einem Abschluss. In

**Nicht einmal die hohen Kosten von 100,50 Euro im Monat gegenüber 4,80 Euro bei MARCUMAR & Co. bringen Merkel & Co. auf Distanz zu dem BAYER-Mittel**



der Zwischenzeit hatte nämlich die Regierung gewechselt, und die Große Koalition beilte sich, dem Druck der Pharma-Lobby nachzugeben: Sie nahm bereits auf dem Markt befindliche Arzneien von der Überprüfung aus. Und das war es dann. „Einen zu hohen methodischen und administrativen Aufwand“ nennt die CDU/SPD-Regierung als Grund für die „Reform“ und beilte sich festzuhalten: „Die Bundesregierung sieht die Einstellung der betreffenden Verfahren nicht als für die Patientinnen und Patienten problematisch an.“

Nur eine einzige Änderung im Umgang mit dem Pharmazeutikum führt die Antwort auf die Kleine Anfrage der Linken an: Die Beipackzettel enthalten nun den Warnhinweis, es lägen keine Daten über die Wirksamkeit und Sicherheit von XARELTO bei Krebs-PatientInnen vor.

Das ist nicht eben viel. Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN kritisierte die Haltung der Bundesregierung deshalb scharf. „Für die meisten Patientinnen und Patienten besitzen die neuen Gerinnungshemmer keinen Zusatznutzen gegenüber bewährten Präparaten. Wer trotz des Gefährdungspotenzials und der hohen Kosten zu Medikamenten wie XARELTO hält, der kapituliert vor der Macht der Pharmaindustrie“, resümiert die Presseerklärung der Coordination.

Die Folgen dieses gesundheitspolitischen Offenbarungseids der Großen Koalition sind absehbar. „Ich könnte heulen und toben und würde den Artikel am liebsten allen Ärzten, die meine Mutter in ihren letzten Lebenswochen betreut haben, um die Ohren hauen“, solche Klagen wie diese in einem *Spiegel*-Leserbrief. Auch die Meldungen über unerwünschte Arznei-Effekte an das BfArM werden 2015 erneut ansteigen. Die Zahl der Schadensersatzklagen in den USA – 200 waren es bis zum 31. Januar 2015 – wird ebenfalls anwachsen. Und BAYER wird weiterhin Milliarden in Werbe-Maßnahmen investieren, um all das vergessen zu machen. ←

## BAYERs Ultra-Gifte

# Eine lange Geschichte



CBG-Protest anno 2001

*1995 kündigte der Leverkusener Multi an, bis zur Jahrtausendwende alle besonders gefährlichen Pestizide vom Markt zu nehmen. Doch 20 Jahre später bietet BAYER in bestimmten Ländern weiterhin Agro-Chemikalien der Gefahrenklasse I für landwirtschaftliche Anwendungen an. Und in Haushaltsinsektiziden und anderen Produkten finden sich viele der Ultragifte ebenfalls noch.*

*Von Jan Pehrke*

„Mit einem Drei-Punkte-Programm haben wir uns hinsichtlich Forschung, Entwicklung und Vertrieb der Pflanzenschutz-Produkte klare Ziele für die kommenden fünf Jahre gesetzt. So werden wir die eingesetzte Produktmenge je Anwendung weiter reduzieren und Produkte der WHO-Toxizitätsklasse I schrittweise durch Präparate mit geringerer Giftigkeit ersetzen“, kündigte der Leverkusener Multi 1995 in seinem Geschäftsbericht an. Doch zahlreiche extrem gefährliche Agrochemikalien überstanden die Jahrtausendwende unbeschadet. Andere konnten zumindest in Ländern der „Dritten Welt“ überwintern. Dort trugen die Pestizide dann mit dazu

bei, dass die in diesen Staaten sowieso schon überproportional hohe Vergiftungsrate nicht absank.

Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) kritisierte immer wieder das Brechen dieser Zusage auf den Hauptversammlungen des Konzerns. Der Vorstand jedoch lavierte herum: Es sei eben „ein langwieriger Prozess“, da gebe es „keine Schwarz/Weiß-Lösungen“. Und einer der Nachhaltigkeitsberichte des Unternehmens verwies als Entschuldigung auf „Einsatzbereiche, in denen noch keine geeigneten Alternativen verfügbar sind“. In Indien gab es für Substanzen wie Triazophos (Produktname: HOSTATHION), Me-

thamidophos (TAMARON) und Parathion Methyl (FOLIDOL), die wegen ihrer akuten Toxizität zur Gefahrenklasse I gehören, noch im Jahre 2006 solche „Einsatzbereiche“. Auch die BASF und SYNGENTA hatten dort noch Pestizide dieser Kategorie im Programm. Erst als das CENTRE FOR SUSTAINABLE AGRICULTURE, das PESTICIDE ACTION NETWORK ASIA AND THE PACIFIC, der WWF und die CBG diese gesundheitsgefährdende Geschäftspolitik der Agro-Mogule in einem Protestbrief skandalisierten, reagierte der Leverkusener Multi – zumindest virtuell. Er nahm die Produktliste vom Netz; die Seite befand sich nun „under construction“. Real

sollte es jedoch viel länger dauern, bis etwas geschah.

Ähnlich verhielt es sich in Chile. Aus freien Stücken tat BAYER gar nichts. Es musste erst Druck erfolgen, und der erfolgte von 2005 an. In diesem Jahr waren 19 ChileInnen an einer Überdosis Agrochemikalien gestorben. Insgesamt registrierten die Behörden 785 Vergiftungen, mit 97 Fällen gingen dabei die meisten auf BAYERs TAMARON zurück. Das bewog eine Gruppe von Abgeordneten 2007 dazu, einen Antrag ins Parlament einzubringen, alle Klasse-I-Pestizide zu verbieten. Das „Boletín N° 4877-01“ erhielt zwar schlussendlich keine Mehrheit, aber der Global Player sah dann doch Handlungsbedarf und rangierte in der Folge einige Chemikalien aus. Verkäufe von Ultragiften wie Fenamiphos (NEMACUR) und Ethophos (MOCAP) an die Konkurrenz, EU-Verbote sowie weitere Initiativen des PESTIZID AKTIONSNETZWERKS (PAN), der Coordination und anderer Gruppen taten ein Übriges, um den Giftschrank zu lichten. Im Nachhaltigkeitsbericht von 2011 annoncierte die Aktiengesellschaft, ab Ende 2012 zumindest bei den Insektiziden für die landwirtschaftliche Nutzung und bei den Saatgut-Behandlungsmitteln ohne die ultraharten chemischen Keulen auskommen zu wollen. Und im Sommer 2013 verkündete sie dann, im Agrar-Segment keine Pestizide der höchsten Gefahrenklasse mehr zu führen.

Abermals jedoch hielt diese Aussage einer Überprüfung nicht stand. In Brasilien bietet der Global Player bis heute HOSTATHION an, obwohl er bei den Behörden angeblich schon 2013 ein Löschen der Registrierung beantragt hat. Bis zum April 2015 vertrieb der Konzern dieses Mittel auch in Indien noch. Zudem verkauft das Unternehmen in zahlreichen Ländern noch

Insektizide, die Beta-Cyfluthrin enthalten wie z. B. BULLDOCK. Dabei verweist es jedoch auf eine veränderte, den Wirkstoff in geringerer Konzentration enthaltende Formulierung. Dies mindert zwar tatsächlich die akute Giftigkeit, ändert jedoch weder an den Langzeit-Effekten etwas, noch schützt es die Gesundheit von Landwirtinnen besser, die dem Mittel permanent ausgesetzt sind.

Darüber hinaus bietet BAYER in Brasilien immer noch das Antipilz-Pestizid BAYSISTON an, das neben Triadimenol auch den Klasse-I-Wirkstoff Disulfuton enthält, obwohl es spätestens seit 1999 keinen Zweifel an dessen Gefährdungspotenzial mehr geben kann. In diesem Jahr vergiftete das Mittel 30 Kaffeebauern und -bäuerinnen, 12 davon tödlich. Marly Avidel Vilete beschrieb damals, wie qualvoll ihr Mann Joao Jose starb: „Ich fand ihn liegend auf dem Feld. Er hatte keine Kraft zu gehen und glühte, er hatte Kopfschmerzen und er erbrach sich viel, er hatte Schmerzen in der Brust, keine Stimme und hielt sich den Bauch mit geschlossenen Augen, und am Ende verlor er gänzlich das Gleichgewicht. Er starb am selben Tag an Atemlähmung.“ Die Todesfälle führten sogar zu staatsanwaltlichen Ermittlungen, aber politischer Druck ließ diese im Sande verlaufen.

Die dem BAYSISTON-Inhaltsstoff Disulfuton in seiner Giftigkeit kaum nachstehende Substanz Methiocarb darf EU-weit in Antischneckenmitteln noch bis Sommer diesen Jahres wirken; gegen seine Verwendung in Haushaltsinsektiziden wie LIZETAN oder dem SPINNMILBEN-SPRAY

PLUS hat Brüssel hingegen nichts unternehmen. Und außerhalb der Europäischen Union unterliegt der Wirkstoff, den BAYER in der vorliegenden Dosierung als nur „moderat gefährlich“ bezeichnet, keiner Beschränkung. Methomyl, das unter anderem als Mittel gegen Fliegen zum Einsatz kommt, kann der Konzern außerhalb der EU-Grenzen ebenfalls weiter vermarkten, in den USA allerdings nur mit Einschränkungen. Auch der Veterinär-Bereich steht den Supergiften weiterhin offen – in den Ställen der MassentierhalterInnen halten sich als Substanzen gegen Fliegen und andere Insekten Dichlorvos, Beta-Cyfluthrin und Coumaphos bereit.

Der Leverkusener Multi besitzt sogar die Kühnheit, ImkerInnen dieses Klasse-I-Pestizid als Mittel gegen das Bienensterben anzubieten, an dem nach Meinung der Fachwelt gerade Agrochemikalien einen gehörigen Anteil haben. BAYER aber hat die Varroa-Milbe als Hauptschuldigen ausgemacht; und so vertreibt der

zum Gärtner gemachte Bock Coumaphos-haltige Streifen, welche die Bienen an den Eingangslöchern des Bienenstocks mit dem Wirkstoff gegen die Milbe imprägnieren.

20 Jahre nach dem Versprechen, bis 2000 alle Pestizide der Gefahrenklasse I vom Markt zu nehmen, fällt die Bilanz also negativ aus. Immer noch bietet der Konzern solche chemische Keulen an, vereinzelt für den Großeinsatz auf den Äckern und ziemlich häufig für Anwendungen im Heim-, Garten- oder Veterinär-Bereich. Der Leverkusener Multi rechtfertigt dies auf zweierlei Weise.

**Der Vorstand jedoch lavierte herum: Es sei eben „ein langwieriger Prozess“, da gebe es „keine Schwarz/Weiß-Lösungen“**

# express

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE  
BETRIEBS- & GEWERKSCHAFTSARBEIT

## Diskussionsforum für

- Elemente & **Strategien** einer gewerkschaftlichen Anti-Konzessionspolitik
- Texte zu und aus **Theorie & Praxis** der internationalen ArbeiterInnenbewegung
- **Perspektiven** jenseits betrieblicher & nationaler Standortpolitik
- **Berichte** über nationale & internationale Arbeitskämpfe
- Debatten und **Kommentare** zur Politik der Ökonomie

**Probelesen?!**  
kostenfreies  
Exemplar anfordern!!

Niddastr. 64, 60329 FRANKFURT  
Tel. (069) 67 99 84  
**express-afp@online.de**  
www.express-afp.info



Zum einen will er seine einstige Zusage nur auf Produkte verstanden wissen, nicht jedoch auf Wirkstoffe gemünzt. In einem „Ausstiegsgespräch“, das die VertreterInnen von PESTIZID-AKTIONS-NETZWERK (PAN) und von anderen Initiativen 2013 mit Abgesandten von BAYER, BASF und SYNGENTA führten, mochten die Unternehmensemissäre eine „auf der Substanz-Klassierung basierende Einstufung von Pestiziden“ als hochgefährlich nicht akzeptieren. Sie verwiesen dabei zur Begründung, auf die Bandbreite von unterschiedlich gesundheitsgefährdenden Mixturen. Auch sahen sie mit der Substanz-Klassierung das Risiko verbunden, für Generika auf Basis der jeweiligen Chemikalie in Haftung genommen zu werden. Und überhaupt sei ein Sicherheitsmanagement vor Ort mit gezielten Beratungen sinnvoller als ein genereller Wirkstoff-Bann, meinten die Manager. Zum anderen macht es für sie einen großen Unterschied, ob ein bestimmter Inhaltsstoff in einem Pestizid auf Äckern und Plantagen oder „bloß“ als Biozid im Haus-, Garten- oder Veterinär-Bereich sein Unwesen

treibt. Für solche Mittel gelten nämlich in der EU – aber auch nur dort – andere gesetzliche Bestimmungen, und deshalb spricht aus ihrer Sicht nichts gegen einen Verbleib im Sortiment.

Damit nicht genug, haben es die Bestände BAYERs auch jenseits der Klasse-I-Pestizide in sich. PAN führte 2012 eine Inventur beim Agro-Riesen durch und machte 64 hochgefährliche Pestizide aus. Diese Produkte können Mensch, Tier und Umwelt massiv schädigen. So sind sie imstande, Krebs auszulösen, das Hormonsystem zu beeinträchtigen, die Arbeit der Nieren zu stören und Fehlgeburten oder Geburtsschäden zu verursachen. Besonders perfide: Der Leverkusener Multi vermarktet

viele dieser besonders aggressiven Substanzen wie z. B. Fipronil nur in Ländern der sogenannten Dritten Welt. Aber die Kritik, mit dem Verkauf dieser in Deutschland oftmals gar nicht mehr zugelassenen Mittel eine Politik der doppelten Standards zu betreiben, lässt der Global Player an sich abprallen. „Den Vorwurf, BAYER CROPSCIENCE verfare bei der Produktion und Vermarktung von Produkten nach

unterschiedlichen Standards, weist das Unternehmen zurück. Aufgrund der unterschiedlichen Klimazonen, Vegetation und Bodenverhältnisse wird für Produkte, die beispielsweise speziell für den Einsatz im asiatischen Raum entwickelt wurden, nicht die Zulassung in Europa beantragt“, antwortete eine Konzern-Sprecherin im Februar 2015 einer französischen Journalistin. Außerdem gebe es in tropischen Ländern eine Vielzahl von Krankheiten und Schädlingen, die nur dort vorkämen, so die Öffentlichkeitsarbeiterin.

So können die Pestizide dann weiterhin ihre verheerende Wirkung entfalten. Nach Schätzungen der Weltbank sterben jährlich rund 350.000 Menschen an Pestizid-Vergiftungen – vor allem in den Armutsregionen. Die absolute Zahl der Vergiftungsfälle liegt der Weltgesundheitsorganisation WHO zufolge bei zwei Millionen per anno. Dies hat nicht nur immenses Leid zur Folge, sondern belastet auch die Gesundheitssysteme. Das UN-Umweltprogramm UNEP rechnet allein für Afrika im Zeitraum von 2015 bis 2020 mit Behandlungskosten von 90 Milliarden Dollar. Die Kampagnen für einen Verkaufsstopp der Ultragifte müssen also weitergehen! ◀

**Nach Schätzungen der Weltbank sterben jährlich rund 350.000 Menschen an Pestizid-Vergiftungen**

## WISSENSCHAFT lebt von der DISKUSSION



### raum&zeit

- ✓ informiert über das, was (lebens-)wichtig ist.
- ✓ informiert über eine angstfreie Zukunft.
- ✓ informiert über das, was die (anzeigen-)abhängigen Medien verschweigen müssen.
- ✓ informiert über Wege zum Selbstvertrauen.
- ✓ informiert über Hintergründe, die er/sie aus den Massenmedien nie erfährt.
- ✓ informiert über eine lebens- und menschenfreundliche Wissenschaft.

### Neugierig geworden?

Dann gleich kostenloses Probeheft bestellen: Fax: 08171/418466,  
 mail: [vertrieb@ehlersverlag.de](mailto:vertrieb@ehlersverlag.de), [www.raum-und-zeit.com](http://www.raum-und-zeit.com)  
 ehlers verlag gmbh, Geltinger Str.14e, 82515 Wolfratshausen, Tel.:08171/418460



## Glyphosat &amp; Co. – unterschätzte Gefahren

# Ein Pestizid am Pranger



*Glyphosat, das meistverkaufte Pestizid weltweit, steht zurzeit auf dem Prüfstand. Da die Zulassung auf dem EU-Markt Ende 2015 ausläuft, entscheiden die EU-Mitgliedsstaaten im Laufe dieses Jahres darüber, ob die Zulassung um weitere zehn Jahre verlängert wird. Das wirtschaftliche Interesse an einem positiven Votum ist enorm, auch bei der BAYER AG – schließlich vertreibt der Konzern in Konkurrenz zu MONSANTO, SYNGENTA & Co ebenfalls einige glyphosat-haltige Pestizide<sup>1</sup> und glyphosat-resistente Pflanzen<sup>2</sup>.*

*Von Julia Sievers-Langer (AGRAR KOORDINATION)*

Zum Verkaufsschlager stiegen glyphosat-haltige Pestizide weltweit vor allem durch die Entwicklung und Verbreitung gentechnisch veränderter – glyphosat-resistenter – Pflanzen auf, welche die Hersteller extra darauf ausrichteten, den Kontakt mit dem sogenannten Totalherbizid zu überleben. Aber auch in der konventionellen Landwirtschaft kommt Glyphosat immer häufiger zum Einsatz – das Anwendungsspektrum ist sehr breit. Weltweit brachten die

LandwirtInnen im Jahr 2012 etwa 718.000 Tonnen glyphosat-haltiger Pestizide aus. Deutschland trägt eine große Verantwortung im aktuellen Zulassungsverfahren. Vier deutsche Behörden unter Federführung des „Bundesamtes für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit“ (BVL) haben im Auftrag der EU die Risiken des Wirkstoffs neu überprüft. Dabei haben sie sich wieder dem Urteil der Glyphosat-Produzenten angeschlossen – Glyphosat sei

nicht humantoxisch. Dementsprechend empfehlen sie, die Zulassung zu verlängern. Der Bewertungsbericht bildet eine wichtige Grundlage für die Entscheidung über die weitere Zulassung, an der sich alle EU-Mitgliedsstaaten in einem Ausschuss beteiligen.

**Gefährlichkeit belegt**

Zahlreiche Studien Industrie-unabhängiger WissenschaftlerInnen haben jedoch

in den vergangenen Jahren immer mehr Zweifel an der Unbedenklichkeit von glyphosat-haltigen Pestiziden aufkommen lassen. Neben schädlichen Auswirkungen auf Biodiversität, Gewässer, Böden und einige Tierarten geraten vor allem die gesundheitlichen Gefahren des Wirkstoffs in den Blick. Glyphosat steht unter anderem in Verdacht, Krebs auszulösen, die Fruchtbarkeit zu beeinträchtigen sowie Schädigungen des Erbguts und der Embryonalentwicklung zu verursachen.

Es stellt sich die Frage, wie es angehen kann, dass all diese Studien offenbar keinen Einfluss auf das behördliche Urteil hatten. Analysen des deutschen Bewertungsberichtes offenbaren dabei erhebliche Defizite bei der Einschätzung des Gefährdungspotenzials. Offenbar basiert das Urteil der Behörden fast ausschließlich auf Studien, die von Glyphosat-Produzenten durchgeführt oder in Auftrag gegeben wurden. Demgegenüber haben die staatlichen Stellen viele in wissenschaftlichen Journalen publizierte, peer-reviewte Studien zu Glyphosat zunächst überhaupt nicht zur Kenntnis genommen, wie eine Analyse von PAN Europe zeigt<sup>3</sup>. So nahmen die Behörden nur 52 Prozent der relevanten toxikologischen Studien wahr und diskutierten nur 31 Prozent von ihnen im Bewertungsbericht. Sie haben damit eine Vorgabe der EU-Verordnung 1107/2009 missachtet, nach der bei Zulassungsverfahren für Pestizide alle vorhandenen wissenschaftlichen Studien zu dem betreffenden Pestizid Berücksichtigung finden müssen.

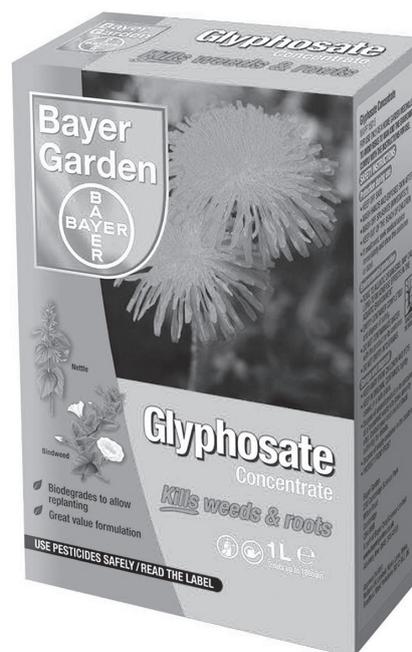
Sehr problematisch ist zudem, dass die Behörden unabhängige wissenschaftliche Studien, welche sie registrierten, größtenteils als nicht oder nur eingeschränkt zuverlässig eingestuft, da sie nicht den sogenannten GLP-Richtlinien (GLP = Good Laboratory Practice) entsprächen.

1978 hatte die US-amerikanische Food and Drug Administration diese Richtlinien erstmalig als Reaktion auf schwerwiegende Betrugsprobleme bei Industriestudien zu Pestiziden aufgestellt, die auch toxikologische Tests bei glyphosat-haltigen Pestiziden wie MONSANTOs ROUNDUP betrafen. GLP-Richtlinien dienen seither als Qualitätskontrolle für von der Industrie eingereichte Studien im Rahmen der Risikobewertung und Zulassung von Chemikalien. Sie legen sehr detailliert den organisatorischen Ablauf und die Dokumentationspflichten von Versuchsabläufen fest, die Untersuchungen zugrundeliegen. Doch die GLP-Bedingungen sind für

universitäre Einrichtungen kaum erfüllbar. So ist eine GLP-Zertifizierung mit einem hohen Zeitaufwand und hohen Kosten verbunden, welche die Kapazitäten wissenschaftlich-universitärer Einrichtungen häufig übersteigen. Auch sind die Anforderungen an die Methoden-Beschreibung und Ergebnis-Dokumentation im Rahmen der Veröffentlichung in wissenschaftlichen Zeitschriften gar nicht einzuhalten. WissenschaftlerInnen kritisieren daher nachvollziehbar, dass wissenschaftliche Studien im Rahmen der behördlichen Risikobewertung von Pestiziden wegen mangelnder GLP-Konformität automatisch als nicht oder nur eingeschränkt zuverlässig bewertet werden.

Im Hinblick auf Objektivitätskriterien ist zudem zu kritisieren, dass die behördliche Risikobewertung größtenteils auf Studien basiert, die Mitglieder der „Glyphosat Task Force“ (ein Zusammenschluss Glyphosat-produzierender Unternehmen) in Auftrag gaben oder selbst durchführten. Auch lässt die Transparenz zu wünschen übrig. Die von den Herstellern im Rahmen des Zulassungsverfahrens eingereichten Studien sind nämlich der Öffentlichkeit und damit der Überprüfung durch unabhängige WissenschaftlerInnen nicht zugänglich. Der Verdacht liegt nahe, dass von wirtschaftlichen Interessen geleitete Unternehmen Studiendesigns, statistische Methoden und die Interpretation der Ergebnisse dahingehend beeinflussen können, dass negative Effekte maskiert werden.

Tatsächlich legten WissenschaftlerInnen bereits 2011 plausibel dar, dass selbst einige von den Behörden (im vorigen Glyphosat-Zulassungsverfahren) geprüfte Studien der Industrie zeigen, dass Glyphosat bei den Versuchstieren Missbildungen verursacht. Mit Hilfe von wissenschaftlich zweifelhaften Argumenten hätten die ForscherInnen jedoch abgestritten, dass Glyphosat die Ursache für die Missbildungen ist<sup>4</sup>. Dieselbe Kritik äußern andere WissenschaftlerInnen am aktuellen Bewertungsbericht der deutschen Behörden<sup>5</sup>. Dabei spielt unter anderem die Relativierung von statistisch signifikanten Unterschieden zwischen der Versuchsgruppe und der eigentlichen Kontrollgruppe durch den Verweis auf historische Kontrolldaten eine wichtige Rolle<sup>6</sup>. Auch die wiederholten Hinweise auf (angeblich) fehlende Dosis/Wirkung-Beziehungen beanstanden die ExpertInnen. Problematisch ist, dass die Behörden die Angaben und Argumente der antragstellenden Unternehmen größ-



tenteils kritiklos übernehmen und dabei auch eindeutige Mängel übersehen oder ignorieren<sup>7</sup>.

Es deutet vieles darauf hin, dass die Objektivität der Risikobewertung durch Interessenskonflikte beeinträchtigt wird. Auch die Mitgliedschaft von BAYER- und BASF-MitarbeiterInnen<sup>8</sup> in einer Pflanzenschutzmittel-Kommission des für die human-toxische Risikobewertung zuständigen Bundesamtes für Risikobewertung (BfR) erhärtet diesen Verdacht, auch wenn das BfR angibt, dass diese Kommission nicht direkt in amtliche Entscheidungen hinsichtlich der Risikobewertung eingebunden ist. Sie sei ein externes Beratungs-

Die Lage in Syrien: Analyse und Prognose # Flüchtlingslager

inamo 81

Informationsmagazin Naher und Mittlerer Osten: Jahrgang 2014, Preis 5,50 €

**BIS DAS FASS LEER IST**

Der Golfkooperationsrat

Der Golfkooperationsrat: Bahrain, Kuwait, Oman, Qatar, Saudi-Arabien, Vereinigte Arabische Emirate

inamo Postfach 310727, 10637 Berlin, 030-86421845  
www.inamo.de | redaktion@inamo.de | € 5,50 + Porto

# CONTRASTE

DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTORGANISATION



## MUSIK GEGEN DEN STROM

- Das Kölner Orchester »Kwaggawerk«
- Das Protestorchester Lebenslaute
- Das Kölner Edelweißpiraten-Festival
- Der KommuneChor & Friends

## WISSENSCHAFT GESTALTEN

Gesellschaftliche Initiativen werden »beforscht«, statt gemeinsam mit ihnen zu forschen! Dies soll sich ändern.

## KONGRESS: SOLIKON2015

Vier OrganisatorInnen des Kongresses stellen sich und das Projekt vor. Sie berichten über Vorhaben und Ziele.

## WAS MACHT EIGENTLICH...?

Die Ufa Fabrik aus Berlin-Tempelhof wird vorgestellt. Die ökologische Kulturcase besteht schon über dreißig Jahre.

## ARBEIT UND TEILHABE

Benachteiligte sollen ihren Weg ins Arbeitsleben, zu Teilhabe und in die Gesellschaft finden.

**EIN SCHNUPPERABO  
3 MONATE FREI HAUS  
GIBT ES FÜR NUR 7,50 €!**

Endet automatisch und muss nicht gekündigt werden!  
Gegen Vorkasse:  
Schein / Briefmarken / Bankeinzug.

Bestellungen im Internet oder über

CONTRASTE e.V., Schönfelderstr. 41A, 34121 Kassel

Probelesen: [WWW.CONTRASTE.ORG](http://WWW.CONTRASTE.ORG)



gremium, keine Organisationseinheit des BfR. Andererseits erwartet das BfR laut einem Sitzungsprotokoll von der Kommission „fachliche Beratung, konzeptionelle Unterstützung und kritische Begleitung bei der Bewertung von Pflanzenschutzmitteln und ihren Rückständen hinsichtlich Toxikologie, Rückstandsverhalten und Exposition“<sup>9</sup>. Eine indirekte Einflussnahme von Pestizid-Herstellern auf die Risikobewertung ist also beim BfR offenbar systematisch verankert. Der Leverkusener Multi sieht das selbstverständlich anders. „Die Mitarbeit von Experten aus allen Bereichen (...) gehört zur Arbeitsweise des Instituts. Damit wird sichergestellt, dass alle wissenschaftlichen Erkenntnisse berücksichtigt werden. Die Unabhängigkeit wird dadurch nicht beeinträchtigt“, sagte BAYER-Chef Marijn Dekkers auf der Hauptversammlung des Konzerns zum Thema.

## Zweifelhafte Zulassungen

Die Defizite bei der Risikobewertung im Fall von Glyphosat verdeutlichen, dass das System der Pestizid-Zulassung einer grundlegenden Reformierung bedarf<sup>10</sup>. Die gesundheitlichen Risiken von Pestiziden (und anderen Produkten) sollten nicht von den Konzernen, die diese Produkte herstellen, überprüft werden, sondern von unabhängigen wissenschaftlichen Instituten. Das „Bundesinstitut für Risiko-Bewertung“ (BfR) rechtfertigt das bestehende System zwar in einer Stellungnahme folgendermaßen: „Zulassungsverfahren in aller Welt beruhen auf dem Prinzip, dass derjenige, der ein Produkt auf den Markt bringen möchte, sämtliche erforderlichen toxikologischen Studien bezahlt, damit dem Steuerzahler dadurch keine Kosten entstehen.“ Doch es gibt sinnvolle Reformvorschläge, welche die Steuerzahler-

Innen nicht belasten. So könnten industrie-unabhängige Forschungsinstitute aus einem unabhängig verwalteten Fonds für die Durchführung toxikologischer Studien bezahlt werden. Unternehmen, die das jeweilige Pestizid vermarkten möchten, sollten weiterhin die Kosten tragen, indem sie im Rahmen des Zulassungsantrags zur Zahlung von Gebühren verpflichtet werden.

Im Falle des aktuellen Glyphosat-Zulassungsverfahrens kommen derartige Reformvorschläge zu spät. Hier machen allerdings aktuelle Entwicklungen Hoffnung auf einen Bann des Ackergifts. Denn der öffentliche Druck auf die Behörden in Sachen „Glyphosat“ wächst zurzeit enorm. Ein wichtiger Beitrag dazu war im März 2015 die Meldung, dass die IARC – die Krebsforschungsinstitution der WHO – Glyphosat nach eingehender Prüfung vorhandener Studien als „wahrscheinlich krebserregend“ einstuft. Hilfreich dürfte auch sein, dass CAMPACT Anfang Mai innerhalb weniger Tage mehr als 200.000





© Carlos Latuff

Unterschriften für ein Glyphosat-Verbot gesammelt hat. Es bleibt spannend zu verfolgen, wie Bundeslandwirtschaftsminister Schmidt auf diese neuen Entwicklungen reagiert. Wird ihn der öffentliche Druck oder die wissenschaftliche Autorität der WHO-ExpertInnen zu einem Kurswechsel veranlassen?

Die Entscheidung über die Zulassung von Glyphosat in der EU ist wegen des großen Stellenwerts, den Glyphosat in der konventionellen Landwirtschaft und beim Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen einnimmt, von hoher Bedeutung. Von der Entscheidung wird sicherlich auch eine Signalwirkung auf andere Regionen ausgehen. Glyphosat vom Markt zu nehmen, ist natürlich nicht die Lösung des Pestizid-Problems. Europaweit und auch global sind weitere gefährliche Pestizide im Einsatz – dazu gehört auch das von BAYER vermarktete Glufosinat, das selbst Behörden als reproduktionstoxisch einstufen und das dennoch bis September 2017 in der EU zugelassen bleibt. Allein, dass es immer wieder Agro-Chemikalien gibt, bei denen sich nach jahrelangem Einsatz herausstellt, dass sie doch nicht so ungefährlich sind wie zunächst propagiert, sie vielmehr schwerwiegende ökologische und gesundheitliche Auswirkungen haben, sollte Anlass für ein grundsätzliches Umdenken sein. Das ganze System der Pestizid-Zulassung und des Pestizid-Einsatzes muss in Frage gestellt werden – zugunsten der Vorsorge für die Gesundheit von Mensch, Tier und Umwelt. ←

Julia Sievers-Langer ist verantwortlich für die Kampagne „Roundup & Co. – Unterschätzte Gefahren“ der AGRAR KOORDINATION. Damit setzt sich die AGRAR KOORDINATION für ein Glyphosat-Verbot, eine grundlegende Reform des Systems der Pestizid-Zulassung und für eine verstärkte Förderung der ökologischen Landwirtschaft ein. Mehr Infos unter: <http://www.agrarkoordination.de/projekte/roundup-co/>

<sup>1</sup> BAYER vertreibt folgende glyphosathaltige Pestizide: GLYFOS, PERMACLEAN, USTINEX G, KEEPER und SUPER STRENGTH GLYPHOSATE

<sup>2</sup> BAYER vertreibt folgende gentechnisch veränderte, glyphosat-resistente Pflanzen: die Soja-Arten CREDEZ und FG 72, die Baumwollarten GHB 614, GHB 119, GLYTOL und T304-40 sowie den Raps IH 50 RR

<sup>3</sup> Tweedale, Lysimachou, Muilermann (Pan Europe, 2014): Missed & Dismissed – Pesticide regulators ignore the legal obligation to use independent science for deriving safe exposure levels

<sup>4</sup> Antoniou et al., 2011: Roundup and birth defects – is the public being kept in the dark?; siehe auch: Antoniou et al., 2012: Teratogenic Effects of Glyphosate-Based Herbicides: Divergence of Regulatory Decisions from Scientific Evidence

<sup>5</sup> Swanson (2014): Glyphosate re-assessment in Europe is corrupt: toxicology

<sup>6</sup> Earth Open Source (2012): Why Monsanto's attempt to disappear tumors by using historical control data is invalid

<sup>7</sup> Siehe dazu auch die Publikation „Roundup & Co – Unterschätzte Gefahren“

<sup>8</sup> Der BAYER-Mitarbeiter Dr. Frank Pierre Laporte und die BASF-Mitarbeiterinnen Dr. Ivana Fegert und Dr. Monika Bross sind aktuelle Mitglieder der BfR-Kommission für Pflanzenschutzmittel und ihre Rückstände.

<sup>9</sup> Zitat aus Protokoll der 6. Kommissionssitzung vom 6.5.2011

<sup>10</sup> Weitere Erläuterungen zur Kritik am System der Pestizidzulassung (am Beispiel Glyphosat): AGRAR KOORDINATION, PAN Germany (2014): ROUNDUP & Co. – Unterschätzte Gefahren.



## Unser Rezept für Frieden: Prävention – Konferenz vom 2. bis 4. Oktober 2015 in Frankfurt am Main

### Deutschlands Verantwortung: Frieden

Prof. Dr. Gabriele Krone-Schmalz,  
Journalistin und Autorin

### Mechanismen der transgenerationalen Weitergabe von Schuld und die Folgen der Verleugnung verübter Gewalt:

Wie dienen familiale und kollektive Schuldauflösung der Gewaltprävention?  
Prof. Dr. Angela Moré, Leibniz Universität Hannover

### Krieg von Osteuropa bis Afghanistan:

Was sind die treibenden Kräfte und wo sind die heilenden Gegenkräfte zu suchen?  
Claudia Haydt, Informationsstelle Militarisierung

### Fluchtursache Krieg

UNHCR

### The Man who saved the World

(Regie: Peter Antony, USA 2014)  
Filmvorführung mit Alyn Ware,  
Parliamentarians for Nuclear Non-proliferation and Disarmament

### Unser Rezept für Frieden: Prävention

Prof. Dr. Friedhelm Hengsbach, Ökonom,  
Jesuit und Sozialethiker

**Ort: Saalbau Gallus, Frankenallee 111, 60326 Frankfurt / Main**

IPPNW – Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges, Ärzte in sozialer Verantwortung e.V.  
[ippnw@ippnw.de](mailto:ippnw@ippnw.de) | Tel. 030 - 69 80 74 0 | Fax 030 - 693 8166

www.kultur-des-friedens.de

BAYER & und die Gesundheitskarte

# Gläserne PatientInnen



Bellarabi & Co. präsentieren die BAYER 04-Gesundheitskarte

*Die Gesundheitskarte bietet die Möglichkeit, alle Daten zum Gesundheitszustand der gesetzlich Krankenversicherten zu erfassen. Was für die IT-Industrie ein großes Geschäft ist und BAYER & Co. wichtige Informationen über ihre Kundschaft verschaffen kann, birgt für die PatientInnen große Gefahren.*

*Von Wilfried Lobin*

Der 8. August 2001 war Ausgangspunkt für die Einführung der elektronischen Gesundheitskarte (eGK). Zu dem Zeitpunkt musste der Arzneimittel-Hersteller BAYER seinen Cholesterin-Senker LIPOBAY vom Markt nehmen, weil Wechselwirkungen mit anderen Arzneien aufgetreten waren, die über 100 Menschen den Tod brachten. Bei der Aufarbeitung des Skandals wurde festgestellt, dass die Medikamenten-Gaben kaum dokumentiert waren. Die Unternehmensberatung ROLAND BERGER

schlug daraufhin in einem Gutachten eine Chipkarte vor, die alle verordneten Pharmazeutika erfasst, mögliche Wechselwirkungen anzeigt und im Bedarfsfall das medizinische Personal informiert. Gleich nach der Veröffentlichung meldeten sich ÄrztInnen und ApothekerInnen, Krankenkassen sowie PatientInnen-Verbände und die Gesundheitsindustrie und auch DatenschützerInnen zu Wort. Alle hatten Wünsche und Anliegen. So entwickelte sich aus einer „einfachen Verschreibungs-

liste“ ein „höchst komplexes System“, das Deutschland die „Telematik-Infrastruktur“ (TI) bescherte<sup>1</sup>. Im Jahr 2004 schließlich leitete die damalige SPD-Gesundheitsministerin Ulla Schmidt die Entwicklung der eGK ein. Anfang 2006 erfolgten in einigen Bundesländern erste Tests mit der eGK, die äußerst pannenreich verliefen<sup>2</sup>. Zur Entwicklung und Installation der TI gründete sich die „Gesellschaft für Telematik“ (GEMATIK). Gesellschafter dieser GmbH sind ÄrztInnen, ApothekerInnen,

Krankenhäuser, Krankenkassen sowie Unternehmen aus der Informationstechnologie wie die zu BERTELSMANN gehörende Firma ARVATO-SYSTEMS. In den folgenden Jahren wurde dann peu à peu die neue eGK mit Foto eingeführt. Die Politik zwang dabei die Krankenkassen, bestimmte Prozentzahlen ihrer Versicherten mit der neuen Karte auszustatten. Wer diese Prozentzahl nicht erreichte, sollte weniger Verwaltungsmittel erhalten. Die Krankenkassen gaben diesen Druck an ihre Versicherten weiter. So ist es nicht verwunderlich, dass 2014 zum Jahresende nur noch ca. drei Prozent der gesetzlich Krankenversicherten keine Gesundheitskarte mit Foto haben<sup>3</sup>.

„Bis heute ist die vollständige Umsetzung des milliarden-schweren eGK-Projekts immer wieder an technischen und datenschutzrechtlichen Problemen und am Widerstand von Patientinnen, Ärzten und Juristinnen gescheitert. Die privaten Krankenkassen sind aus dem Projekt seit 2010 ausgestiegen, was nicht heißt, dass privat Versicherte nicht auch bald die eGK vorgeschrieben bekommen“, resümiert der Blog digitalcourage.<sup>4</sup> Man könnte sich hier fragen: warum? Da vermutlich sehr viele Personen des öffentlichen Lebens (z. B. PolitikerInnen, UnternehmerInnen) privat versichert sind, könnten deren gesundheitliche Daten bei einer zentralen Erfassung leichter an die Öffentlichkeit gelangen und somit deren Privatleben stören. Oder aber warten die privaten Krankenversicherungen so lange ab, bis alle Probleme beseitigt sind und die Kosten durch die gesetzlich Versicherten bezahlt wurden?

Bis jetzt sollen über 1,2 Milliarden Euro an die Unternehmen geflossen sein<sup>5</sup>. Diese Summe ist jedoch nur die Spitze des



Ausgaben-Eisberges für die eGK. Wie der Festredner padeluun bei der diesjährigen Verleihung des Schmähpriests „Big Brother Award“ ans Bundesgesundheitsministerium (BGM) konstatierte, könnten bis zu 15 Milliarden Euro an Kosten anfallen<sup>6</sup>. Die Studie der Firma BOOZ ALLEN HAMILTON kommt padeluun zufolge auf ähnliche Ergebnisse. Dieses Geld der gesetzlich Krankenversicherten wäre sinnvoller in Diagnostik und Heilbehandlung sowie in bessere Personalausstattung der Kliniken investiert.

**Zentrale Daten-Erfassung**

Die seit 2012 ausgegebene eGK mit Foto trägt einen Mikrochip, auf dem zur Zeit nur die Versicherten-Stammdaten gespeichert sind. Diese Daten beinhalten Name, Geburtsdatum, Anschrift, Angaben zur Krankenversicherung, eine neue Krankenversicherten-Nummer sowie den Versichertenstatus (Mitglied, Familienversi-

cherter oder Rentner). Neu ist die Angabe zum Geschlecht, die im Verbund mit dem Foto den Missbrauch erschweren soll. Um dies alles zu erfassen, installiert die GEMATIK das Versichertenstammdaten-Management (VSDM). Es ist vorgesehen, diese Daten bei jedem MedizinerInnen-Besuch zu aktualisieren. Doch die Vergangenheit hat gezeigt, dass die Krankenkassen die eingereichten Fotos keiner Identitätsprüfung unterzogen haben. Die Krankenkassen sind dazu laut BGM auch nicht verpflichtet. Es heißt lapidar: „Die Krankenkassen müssen hierfür geeignete Maßnahmen vorsehen (...) und angemessene Verfahren durch(zu)führen.“<sup>7</sup> Den Versuch der Krankenkassen und des BGM, diese Aufgabe den ÄrztInnen zu übertragen, lehnen diese ab. Nach den Vorstellungen der Befürworter, z. B. des BGMs, soll die jetzige eGK mit ihren Versichertenstammdaten inklusive Online-Abgleich und -Aktualisierung in

**SoZ Sozialistische Zeitung**  
 Nr. 3 - 98. Jg. - März 2015 - 1,50 Euro - www.sozonline.de

**Das Gespräch**  
**Seite 4**  
 Alex Panatier über die...  
**Grücheland nach der Wahl**  
**Seite 2-4, 16, 12, 17**  
 Die...  
**Kapital & Arbeit**  
**Seite 1-3**  
 Die...  
**International**  
**Seite 18-19**  
 Die...  
**Sozialistische**  
**Seite 20-22**  
 Die...  
**Sozialistische**  
**Seite 23-24**  
 Die...

**SoZ Sozialistische Zeitung**

monatlich mit 24 Seiten Berichten und Analysen zum alltäglichen kapitalistischen Irrsinn und den Perspektiven linker Opposition

**Probeausgabe kostenlos**  
**Probeabo (3 Ausgaben) gegen 10-Euro-Schein**  
 (keine automatische Verlängerung)

**Bestellung an:** SoZ-Verlag · Regentenstr. 57-59 · D-51063 Köln  
 redaktion@soz-verlag.de · www.sozonline.de

## CBG bei der Arbeit



BAYER-Pestizide aus der Gruppe der Neonotinoide haben einen großen Anteil am weltweiten Bienensterben. Die Ackergifte GAUCHO und PONCHO hat die EU deshalb bereits vorerst aus dem Verkehr gezogen. Der Leverkusener Multi zeigt sich jedoch weiterhin uneinsichtig und versucht mit allen Mitteln, die ruf- und umsatzschädigende Kritik zu ersticken. Er scheut nicht einmal den juristischen Weg. So ging er gerichtlich gegen den BUND vor, weil die Organisation es eine Irreführung der VerbraucherInnen genannt hatte, die Mittel SCHÄDLINGSFREI CALYPSO und ZIERPFLANZENSPRAY LIZETAN als „nicht bienengefährlich“ zu bezeichnen. Das Düsseldorfer Landgericht gab der Initiative jedoch Recht. Die Richterin sah in dem BUND-Verdict eine Aussage, die „als Meinungsäußerung einen erhöhten Schutz genießt“. Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN, die sich an den Protestaktionen vor den Prozess-Terminen beteiligt hatte, freute sich mit über den Erfolg und gehörte zu den ersten GratulantInnen.

Rechenzentren zentral erfasst werden. Das BGM will dazu eine Datenautobahn aufbauen. Die Erprobung wird im Herbst diesen Jahres mit 1.000 ÄrztInnen und zehn Krankenhäusern in den Bundesländern Sachsen, Bayern, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein anlaufen. „Versicherte, die eine dieser Praxen oder Krankenhäuser aufsuchen, nehmen automatisch am Test teil“, heißt es dazu aus dem Ministerium<sup>8</sup>. Zudem plant es, nach und nach die elektronische Patientenakte, den elektronischen ÄrztInnen-Brief und das elektronische Re-

zept einzuführen. Vielleicht soll auch, wie es in Großbritannien angestrebt wird, eine Zusammenführung der „Krankenakten aus Arztpraxen künftig automatisch und (...) ohne (...) Einwilligung von PatientInnen in eine zentrale Datenbank“ erfolgen und dann den „Unternehmen für Forschungsprojekte zur Verfügung gestellt werden“<sup>9</sup>. Das Unterfangen nennt sich care data. Hier sollen erfasste genetische Daten der britischen Bevölkerung mit den Daten aus Krankenakten abgeglichen werden. Die Pharma-Industrie will nämlich, die erfassten Daten analysieren, um so Krankheiten „vorherzusehen und zu vermeiden“, wie sie schon 1999 bekundete. Häufig auftretende Erkrankungen wie z. B. Krebs könnten dann mit Medikamenten behandelt werden, bevor der Mensch daran erkrankt, versprechen die Hersteller, die hier enorme Extra-Profitte wittern.

In Deutschland hat sich der Verband BIO Deutschland e. V., zu dessen Fördermitgliedern BAYER zählt, ebenfalls für mehr Einbindung bei der Erstellung der TI und eGK ausgesprochen. Dazu gehöre auch, dass Biotech-Firmen auf die Gesundheitskarte zugreifen dürfen, so die Organisation. Und im Referentenentwurf zum „E-Health-Gesetz“ soll der Privatwirtschaft ebenfalls das Abgreifen von PatientInnen-Daten ermöglicht werden. Sollte dieser das Parlament unverändert passieren, so hätten die LobbyistInnen der IT-Industrie ihr zentrales Ziel erreicht. Es könnten dann nämlich private Firmen wie APPLE mit seinen Produkten „iHealth“ oder „Apple Watch“ auf das System zugreifen. Der Entwurf sieht laut *junge welt* auch vor, „Teile der TI (zu) nutzen, konkrete Anwendungen aber nur außerhalb der Infrastruktur“<sup>10</sup>, weshalb die Zeitung warnt: „Es ist möglich, dass Firmen Patienten-Daten dann über die TI entschlüsseln und anschließend auf ihre eigenen Computersysteme übertragen.“ Gleichzeitig würde das Zwei-Schlüssel-Prinzip abgeschafft, das eine Erhebung von Daten nur in Anwesenheit des PatientInnen und mit seiner eGK erlaubt. Der Leverkusener Multi ist dabei in einer besonders guten Position, hat er doch über die PRONOVA BKK, dem Zusammenschluss der Betriebskrankenkassen von BAYER, BASF, FORD und anderen großen Konzernen, einen barriere-freieren Zugang zum Krankenkassen-Bereich.

Wie daten-hungrig der Leverkusener Multi ist, zeigt ein Fall aus England. Bei der dortigen Gesundheitsbehörde NHS erwarb er PatientInnen-Unterlagen, „um die Größe des britischen Marktes für Gebärmutter-

Wucherungen zu erkunden“ und mit diesem Wissen „den Marketingstrategie-Prozess zu füttern“. Auch andere Firmen beteiligten sich am Großeinkauf, was auf der Insel einen großen Skandal auslöste. Für den Pharma-Riesen und andere Unternehmen tut sich durch die Einrichtung des „elektronischen Rezeptes“ (eRezept) ein weiteres Betätigungsfeld auf. Bisher konnte weder Ärzteschaft noch Apotheken oder Pharmafirmen feststellen, ob ein ausgestelltes Rezept auch eingelöst wurde. Mit der Einführung des elektronischen Rezeptes (eRezept) ist ihnen das jedoch möglich, was den Druck auf die PatientInnen erhöht, sich die Tabletten wirklich zu beschaffen – und den Konzerne so zu Mehreinnahmen verhilft.

Für Rezepte interessiert sich der Leverkusener Multi schon länger. Er hat die Firma PHARMAFACT damit beauftragt, für ihn die Rezeptdaten der Krankenkassen auszuwerten. Auf diese Weise weiß der Konzern ganz genau, wie das Geschäft mit seinen Arzneien so läuft und wie er seine Pharma-DrückerInnen präparieren muss. Eine Zeitlang wusste er dies sogar genauer, als die Polizei erlaubt. PHARMAFACT gab nämlich widerrechtlich nicht nur anonymisierte Unterlagen heraus, sondern auch solche mit Namen von MedizinerInnen, so dass BAYER & Co. ganz genaue Informationen über die Verschreibungsgepflogenheiten einzelner ÄrztInnen hatten. Doch im Jahr 2012 flog das Ganze auf. „Die Unterlagen, die uns in Auszügen zugespielt wurden, scheinen valide zu sein. Sie könnten einen der größten Daten-Skandale der Bundesrepublik im Medizinbereich aufdecken“, konstatierte der Leiter des „Unabhängigen Datenschutzzentrums Schleswig-Holstein“, Thilo Weichert, damals.

Doch nach Ansicht des Bundesgesundheitsministeriums dient die Medizin 2.0 nur dem Wohlergehen der Versicherten. So soll die eGK im Verbund mit der Telemedizin-Infrastruktur eine bessere Versorgung der Versicherten durch sichere und schnelle Kommunikation zwischen LeistungserbringerInnen (z. B. ÄrztInnen / Kliniken) bewerkstelligen, den Missbrauch erschweren, eine Kostenersparnis bringen, die Qualität bei der medizinischen Behandlung erhöhen und zu mehr Transparenz für die PatientInnen führen. Zudem verspricht das Ministerium eine sichere Datenautobahn, auf der nur autorisierte Personen (z. B. Patientin/ Patient, Ärztin/ Arzt) an die medizinischen Daten kommen können. Darüber hinaus bestimmten die

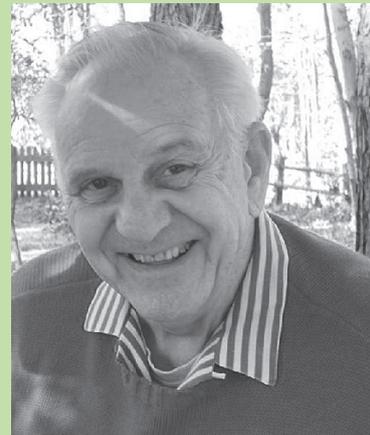
Versicherten selbst, was auf ihrer eGK gespeichert wird: „Der Versicherte ist dabei Herr über seine persönlichen Gesundheitsdaten“<sup>11</sup> Dieses Recht kann allerdings jederzeit widerrufen werden. Außerdem ist fraglich, wie der Versicherte von diesem Recht in der Praxis Gebrauch machen soll.

**Kritik von allen Seiten**

Verfolgt man das Für und Wider zur eGK und zu TI in der öffentlichen Diskussion, zeichnet sich jedoch kein so positives Bild ab. Es hagelt von verschiedensten Seiten Kritik, nicht nur gegen die eGK und die TI, sondern auch gegen den im Januar 2015 veröffentlichten Referenten-Entwurf zum E-Health-Gesetz. Das Bündnis „Stoppt die e-Card“, ein Zusammenschluss von 54 Bürgerrechtsorganisationen, DatenschützerInnen sowie PatientInnen- und ÄrztInnen-Verbänden, steht deshalb mit seinen Vorbehalten keineswegs alleine da. So forderte Kathrin Vogler von der Partei „Die Linke“ in ihrer Bundestagsrede am 16.01.2015 den Stopp der eGK; sie sprach sich stattdessen für die Entwicklung von Alternativen aus, die sich mehr am Wohl der PatientInnen orientieren<sup>12</sup>. Auch haben die Krankenkassen die Haushaltsmittel für 2015 an die GEMATIK vor-

erst gesperrt. Grund: zu geringe Fortschritte beim Aufbau der TI. Zudem wurden die Beschlüsse des Deutschen Ärztetages aus den letzten Jahren am 27.02.2015 von der VertreterInnen-Versammlung der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (dem „Parlament“ der KBV) erneut bestätigt. Mit großer Mehrheit lehnte das Gremium den „Anschluss an die zentrale E-Card-Infrastruktur“ ab. Überdies forderte es den hauptamtlichen KBV-Vorstand auf, sich im Gesetzgebungsverfahren zum E-Health-Gesetz konkret für eine Streichung der strategisch wichtigen Funktion „Online-Versichertenstammdatenmanagement“ (VSDM) einzusetzen. Dieses VSDM würde alle ÄrztInnen-Praxen an das von der BERTELSMANN-Tochter ARVATO aufgebaute zentrale Großnetz anschließen, und Weigerungen will Gesundheitsminister Hermann Gröhe (CDU) im neuen Gesetz sogar unter Strafe stellen. Die KritikerInnen in der Ärzteschaft plädieren hingegen für Dezentralität und betrachten die Daten, die in einer riesigen TI gespeichert, bearbeitet und möglicherweise zweckentfremdet weiterverwendet werden, als eine Belastung des vertraulichen Arzt-Patienten-Verhältnisses. Nicht zuletzt steht damit nämlich die ärztliche Schweigepflicht auf dem Prüfstand, die

**Testimonial**



„Herzlichen Glückwunsch zu Ihren Erfolgen. Ich muss innerlich immer grinsen, wenn die Medien über Ihre Kampagnen berichten. Ihre Wachsamkeit macht die Welt sicherer! Ich bin sicher, dass BAYER durch Ihre Arbeit dazu gezwungen wird, sich besser zu verhalten.“

*Robert O'Brien, Autor, Pawleys Island, South Carolina (USA)*

**GEFAHR OHNE SCHATTEN**  
 Brisanter Roman über die Macht der Stromkonzerne - und den Mut sich zu wehren.  
 ANIKA LIMBACH  
 www.anika-limbach.de

**„Brisanter Roman über die Macht der Stromkonzerne - und den Mut, sich zu wehren.“**

**„...näher an der Realität, als es dem Leser lieb sein dürfte“**

Hiermit bestelle ich  Exemp/ar/e „Gefahr ohne Schatten“

Bitte deutlich schreiben

Name, Vorname

Straße, Nr.

PLZ, Ort

Datum/Unterschrift

Coupon senden an: Anika Limbach, Breideneichen 5, 53797 Lohmar  
 E-Mail: aelimbach@gmx.de

**14,90 €**

**Erhältlich in jeder Buchhandlung oder bei aelimbach@gmx.de**



## Au weia, BAYER



Selbst für die schlimmsten Nebenwirkungen seiner Arzneien weiß der Leverkusener Multi noch Abhilfe. Sogar Wiederbelebungen stehen auf dem Programm. So heißt es beispielsweise auf dem Beipackzettel des BAYER-Antibiotikums CIPRO BASICS: „In seltenen Fällen kann eine Depression oder Psychose zu Selbstmordgedanken, Selbstmordversuchen oder einem vollendeten Selbstmord führen. Wenn dies passiert, beenden sie die Einnahme von CIPRO BASICS und wenden sich sofort an Ihren Arzt.“

## Promis gegen Profit



„Und ja, es klingt dramatisch, wenn man sagt: den Kapitalismus abschaffen, aber die Wahrheit ist doch, dass die neue Klimaforschung einen umfassenden Politikwechsel zwingend erforderlich macht. Ich habe mal als brave Sozialdemokratin angefangen, aber die neuere Klimaforschung hat meine Position verändert.“

*Naomi Klein, kanadische Sachbuch-Autorin*

es bisher weitestgehend verhindert hat, dass beispielsweise Daten über Krebs, Diabetes, Nervenzusammenbruch oder AIDS unbefugt an andere gelangen konnten. Zudem gibt es laut Ärzteschaft schon einen Austausch zwischen Kliniken und niedergelassenen ÄrztInnen durch Verschlüsselungssoftware per E-mail, der auch kostengünstiger sei. Darüber hinaus hat eine Kölner ÄrztInnen-Initiative im Dezember 2014 eine Unterschriften-Liste gegen die Anweisung gestartet, PatientInnen ohne neue Gesundheitskarte nicht mehr zu behandeln.

Wie es um die Datensicherheit in der elektronischen Informationsübermittlung steht, zeigen die Veröffentlichungen des Whistleblowers Edward Snowden. Seit 2010 sind die Dienste in der Lage, unbemerkt den Datenverkehr auszuspähen. So ist es den Geheimdiensten der USA und Großbritanniens gelungen, beim weltweit führenden Kartenhersteller GEMALTO problemlos das Sicherheitskonzept zu knacken – just das Unternehmen, das 2009 den Auftrag erhielt, 25 Millionen elektronische Gesundheitskarten für Versicherte der AOK zu personalisieren und zu verschicken. „Wenn bis heute dieses Datenleck den Betreibern der Firma nicht aufgefallen ist, bedeutet das, dass interne Kontrollen völlig versagt haben müssen. Es gibt also keine Sicherheit mit den jetzt ausgegebenen elektronischen Karten“, konstatierte der Sicherheitsexperte Rolf Lenkewitz<sup>13</sup>. Zu ähnlichen Aussagen kommt Professor Dr. Harmut Pohl in seinem Kommentar „Chipkarten-Hack und die Folgen – Kommentare der Experten 2.0“ Er hält fest: „Die organisierte Kriminalität übernimmt die technischen Fähigkeiten der Nachrichtendienste in sehr kurzer Zeit (...) Die organisierte Kriminalität ist daher z. B. besser und aktueller über den Gesundheitszustand eines jeden von uns informiert als wir selbst – und unser Hausarzt!“<sup>14</sup> Das dies keine unbedeutenden Warnungen sind, zeigt auch ein Bericht der WAZ aus dem Bereich des Online-Banking. „Wieder Konten mit TAN-System leergeräumt“, lautete die Überschrift<sup>15</sup>.

### Druck auf Verweigerer

Wer keine neue Gesundheitskarte besitzt, muss trotzdem nicht auf ÄrztInnen-Besuche verzichten. Das ließ sich Kathrin Vogeler (Linksfraktion) von der Bundesregierung bestätigen. „Wer der elektronischen Gesundheitskarte skeptisch gegenübersteht, kann sich auch im nächsten Jahr ärztlich behandeln lassen, ohne gleich

eine Privatrechnung zu riskieren. Anstelle einer e-Card reicht nämlich ein Nachweis über den Leistungsanspruch von der Krankenkasse, auf Papier, per Brief oder Fax an die Arztpraxis“, erklärte die Politikerin<sup>16</sup>. Die Aussage der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV): „Ab 1. Januar gilt ausschließlich die elektronische Gesundheitskarte (eGK)“ ist also durch die Bundesregierung widerlegt. Der Versicherungsschutz hängt nicht von der eGK ab, sondern von gezahlten Versicherungsbeiträgen und von den notwendigen Angaben nach § 15 SGB V<sup>17</sup>. Das widersprüchliche und unfaire Verhalten von einigen Krankenkassen, ÄrztInnen, BGM etc. gegenüber denjenigen gesetzlich Versicherten, die nach wie vor die eGK verweigern, ist deshalb aufs Schärfste zu verurteilen.

Seit Beginn dieses Jahres verhalten sich Krankenkassen und MedizinerInnen den eGK-VerweigererInnen gegenüber unterschiedlich. Obwohl die Versicherten Beiträge zur Krankenversicherung zahlen und dadurch berechtigt sind, medizinische Leistungen zu erhalten, werden sie von einigen Krankenkassen und auch ÄrztInnen schikaniert. Die INITIATIVE PATIENTENDATEN fasst die Erfahrungen so zusammen: „Die Techniker Krankenkasse beispielsweise stellt Ersatzbescheinigungen nur für jeweils einen Tag aus, so dass man sich für jeden Arztbesuch eine neue Bescheinigung holen muss (...) Einzelne Krankenkassen weigern sich, die Ersatzbescheinigungen vor einem Arztbesuch zur Verfügung zu stellen, oder wollen diese nicht per Post zuschicken, sondern nur in die Arzt-Praxis faxen. Einzelne Ärzte

## lateinamerika anders

...gehört gelesen!



Mehr erfahren in **lateinamerika anders** Österreichs Zeitschrift für Lateinamerika.

Wir bieten kritische und alternative Berichterstattung über soziale Wirklichkeiten und politische Entwicklungen in Lateinamerika und der Karibik.

Das **Kennenlernabo** (4 Hefte) kostet € 15,- (Normalpreis in Europa € 24,-), das **Aktionsabo mit Buchgeschenk** (6 Hefte) € 30,-.

**Lernen Sie uns kennen! Bestellen Sie ein Abo oder ein kostenloses Probeheft!**

Per Mail: [igla@aon.at](mailto:igla@aon.at)

Per Post: Informationsgruppe Lateinamerika (IGLA), c/o WUK, Währingerstraße 59, 1090 Wien

wiederm weigern sich, ihre Fax-Nummer bekanntzugeben, andere können angeblich keine Überweisung mehr ausstellen, wenn die Ersatzbescheinigung nur einen Tag gültig ist. Manche weisen sogar Patienten mit einer Ersatzbescheinigung ab und verweigern die Behandlung, auch wenn sie aufgrund ihrer Kassen-Zulassung verpflichtet sind, Kassen-Patienten zu behandeln.“<sup>18</sup> Selbst bei chronisch Kranken wird mit Schikanen vorgegangen, um sie zum Einlenken zu bewegen<sup>19</sup>. Versicherte, die wollen, dass ihre intimsten Gesundheitsdaten nur im engsten Kreis verwendet werden und nicht in zentralen Rechenzentren (TI), haben ihr Recht auf informationelle Selbstbestimmung so gut wie verloren. Es entfällt nämlich das Recht auf Information darüber, wer zu den Daten Zugang hat, sowie das Recht, ihre Verarbeitung zu beschränken, abzulehnen oder ihre Löschung zu verlangen. Durch die zentrale Speicherung in Rechenzentren bleiben nicht wie bisher alle Krankheitsdaten dezentral bei den behandelnden MedizinerInnen. Zukünftig sind Praxen, Apotheken, PsychotherapeutInnen, Hospitäler, Krankenkassen und viele weitere Berufsgruppen des Gesundheitswesens durch die elektronische



Padelun bei der Gesundheitskarten-Laudatio

Gesundheitskarte und die Telematik-Infrastruktur in einem riesigen Computernetzwerk miteinander verbunden. Und es steht zu befürchten, dass auch andere Interessenten wie z. B. die Pharma-Industrie legal oder illegal Zugang bekommen. Laut namhaften IT- und DatenschutzexpertInnen gibt es keinen hundertprozentigen Schutz vor Missbrauch des Systems. So hat das, was nach dem LIPOBAY-Skandal begann und bloß das eigentlich sinnvolle Projekt verfolgte, den verschiedenen Akteuren des Gesundheitswesens den Arzneimittel-Gebrauch von PatientInnen transparenter zu machen, zu einer Entwicklung geführt, an deren Ende gläserne PatientInnen stehen könnten. ←

<sup>1</sup> vgl. www.heise.de; 04.08.2011: Elektronische Gesundheitskarte: Es begann vor zehn Jahren  
Anmerkung zur TI: alle elektronischen Verarbeitungssysteme (z. B. Kartenlesegeräte, eGK, Rechenzentren), die medizinische Daten speichern und übermitteln und vernetzt sind, ergeben die TI.  
<sup>2</sup> vgl. WAZ vom 27.06.2012: Fehlerhafte Gesundheitskarte  
<sup>3</sup> vgl. junge welt, Nr. 3 vom 05.01.2015, S. 12: Big Data – Big Business  
<sup>4</sup> www.digitalcourage.de: Wie geht es weiter mit der elektronischen Gesundheitskarte?  
<sup>5</sup> www.kathrin-vogler.de; Bundestagsrede vom 16.01.2015  
<sup>6</sup> www.bigbrotheraward.de  
<sup>7</sup> vgl. www.bmg.bund.de; Elektronische Gesundheitskarte und E-Health /Fragen und Antworten  
<sup>8</sup> vgl. www.bmg.bund.de; Elektronische Gesundheitskarte und E-Health  
<sup>9</sup> vgl. Gen-ethischer Informationsdienst (GID), Nr. 229, April 2015, S.16f. Zusatzinfo: 2002 begann Großbritannien mit dem Aufbau einer zentralen Datenbank im staatlichen Gesundheitssystem, dem National Health Service (NHS). Ein Gutachten stellte jedoch fest, dass „weder die Kommunikation zwischen ÄrztInnen und Kliniken“ vereinfacht, „noch sonst in irgendeiner Form die Gesundheitsversorgung“ verbessert wurde. Darum stand das Urteil über das Vorhaben, das bis heute 12 Milliarden Pfund verschlang, bald fest: Das „bisher gewaltigste Scheitern“ eines IT-Projektes.  
<sup>10</sup> vgl. junge welt, Nr. 19 vom 23.01.2015, S. 5: „Ziel: Gläserner Patient“  
<sup>11</sup> vgl. www.bmg.bund.de; Elektronische Gesundheitskarte und E-Health, Allgemeine Informationen/Fragen und Antworten  
<sup>12</sup> www.kathrin-vogler.de; Bundestagsrede vom 16.01.2015  
<sup>13</sup> vgl. www.presseportal.de; Elektronische Gesundheitskarte: Super-GAU durch Sicherheitsangriffe auf Chipkarten  
<sup>14</sup> vgl. www.stopp-die-e-card.de; Chipkarten-Hack und die Folgen – Kommentare der Experten 2.0  
<sup>15</sup> vgl. WAZ vom 19.08.2014: Wieder Konten mit TAN-System leergehäumt  
<sup>16</sup> vgl. www.kathrin-vogler.de; Auch 2015 sind Arztbesuche ohne eCard möglich  
<sup>17</sup> vgl. www.digitalcourage.de; Wie geht es weiter mit der elektronischen Gesundheitskarte?  
<sup>18</sup> vgl. www.initiative-patientendaten.de; Streit um elektronische Gesundheitskarte eskaliert  
<sup>19</sup> vgl. www.drm.de; Ein Skandal: Die Erpressung chronisch Kranker ohne eGK wird weiter verschärft.

**Sie lügen wie gedruckt. Wir drucken, wie sie lügen.**

**Jetzt an Ihrem Kiosk**

**jW ist erhältlich im Bahnhofsbuchhandel und am Kiosk. Den Kiosk in Ihrer Nähe finden sie unter [www.mykiosk.com](http://www.mykiosk.com)**

**... oder drei Wochen gratis testen: [www.jungewelt.de/probeabo](http://www.jungewelt.de/probeabo)**

**Beispiel Hamburg**  
Wohnen ist eine Geldfrage. Auch in der Hansestadt haben weniger Begüterte da schlechte Karten

**Beispiel Caracas**  
Venezuelas Präsident warnt vor blutigem Putsch. Solidaritätsaufruf von Weltjugendbund (WJD)

**Beispiel Athen**  
Nicht eingeleitet: Griechischer Finanzminister fordert »intelligentes« Schuldenmanagement

**Beispiel Moskau**  
Siegreiche »Red Army«: Ein Dozent führt über den Eishockeysport ZSKA und die Legende I

**Auftakt zum Widerstand**  
Mindestlohn schafft Schwarzarbeit, behaupten Wirtschaftsforscher ins Blaue hinein. Finanzminister will Zollkontrollen aussetzen. **Von Ralf Wurzbacher**

**Geist von Jalta**  
Zwang zur Zusammenarbeit: Vor 70 Jahren trafen sich die Hauptakteure der Antiflutkoalition in der Krim. Sie einigten sich auf die Konturen einer Nachkriegsordnung. **Von Konrad Melzer**

**Israel will UN-Bericht Gaza-Krieg verhin**  
Genf/Jerusalem. Der Vizepräsident der Vereinten Nationen (U) eingestrichenen Unruhenkommission zum Gas zuzuliegen. Wie d Dienst in Graf mit gieren die kanadische experte William Scha auf Anschuldigungen er können im Laufe s Ausbreitungen und Tü unparteiisch umhelfen bei seiner Beratung dass er 2013 als Re für die Palästinensengruppen F angte ein israelisch Nachrichtensagen rumpelchen Benjam derde, den Bericht anlässe man weiter des Ermittler. In schon alle gem anzugewandt zu diskreditieren, i schäften unter

**Koalitions Einwand**

www.mykiosk.com



*Ich unterstütze die CBG, weil in Zeiten immer höherer Kapitalkonzentration in immer weniger Händen Konzernkritik nötiger denn je ist.*

*Konstantin Wecker, Liedermacher*

**Wirksame Konzernkritik ist ohne Geld nicht möglich.**

**Jetzt Fördermitglied werden! Jetzt spenden!**

**Coordination gegen BAYER-Gefahren**

**[www.CBGnetwork.org](http://www.CBGnetwork.org) / [info2@CBGnetwork.org](mailto:info2@CBGnetwork.org)**